

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1925

111 (14.5.1925)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Mit den Wochenbeilagen „Die Rufstunde“ und „Volk und Zeit“ (mit Bildern)

Bezugspreis: halbjährlich 1.— M mit 90 S ohne Zustellung. Einzel-
preis 10 S, Samstag 15 S. — Anzeigen: die einseitige Kolonelle 20 S,
auswärts 25 S. Kleinanzeigen 80 S. Annahmestunde 8 Uhr vormittags.

Ausgabe: werktags mittags. Geschäftsstelle
u. Redaktion: Luisenstr. 24. Fernsprecher:
Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481.

Schriftleitung: Georg Schöpflin; für die Redaktion verantwortlich:
Hermann Kadel; für den Anzeigenteil Gustav Krüger.
Druck und Verlag von Ged & Cie., sämtliche in Karlsruhe.

Verschiebung der Räumung Kölns

Briands erster Erfolg — England verzichtet auf den 15. August als letzten Räumungstermin

Paris, 13. Mai. (Eigener Bericht.) Die amtlichen Mitteilungen über den am Dienstag künftigen Ministerrat, der in der Hauptsache der Erweiterung der am letzten Samstag zurückgestellten Fragen der Sicherheit und der Räumung von Köln gewidmet war, beschäftigen sich auf die Erwähnung, daß Briand dem Ministerrat Kenntnis von den Entwürfen einer Note zum Garantiepakt und zur Abrüstung gegeben habe. Die erste der beiden Noten werde unverzüglich den alliierten Regierungen überreicht werden, die zweite sei an die Konferenzkonferenz gerichtet, die am Freitag zusammenzutreten werde. Der Ministerrat habe beide Entwürfe rückhaltlos genehmigt.

Die Angaben der Dienstagabendblätter über den Inhalt dieser beiden Noten decken sich völlig mit dem, was wir bereits mitgeteilt haben. So berichtet die „Information“, daß England endgültig auf die Räumung Kölns verzichtet. Der Termin für die Räumung Kölns verzichtet habe. Als Gegenleistung habe Frankreich sich bereit erklärt, sich damit zu begnügen, daß Deutschland lediglich die schmerzhaftesten Beschlüsse der Versammlung wiederumzusetzen und von Deutschland nur die Durchführung solcher Maßnahmen verlangt werde, die innerhalb dreier bis vierer Monate beendet werden können. Frankreich erhalte durch dieses Kompromiß die Genugtuung, daß Köln erit geräumt werde, wenn Deutschland die an die Räumung geknüpften Bedingungen erfüllt habe, während der englische Standpunkt insofern zur Geltung komme, als auf diese Weise Köln, vorausgesetzt, daß Deutschland den Forderungen nachzukomme, ungefähr zur gleichen Zeit wie das Ruhrgebiet geräumt werde. Man müsse sich also darauf einstellen, daß in einem nahen Zeitpunkt nicht nur die Militärkontrolle Deutschlands auf den Bisterrbund übergehe, daß alle Vorbereitungen dafür bereits getroffen habe, sondern daß der französischen Sicherheit auch ein Druckmittel der materiellen Garantie beigegeben werden müßte. Unter diesen Umständen gewinnt die Frage des Garantiepaktes eine besondere Bedeutung. Sie stelle für die französische Politik eine der schwersten Entscheidungsschwermere seit dem Krieg dar. Wenn Deutschland in seinen Vorhaben unter Anerkennung des Versailles Vertrages eine Dauerwaffenstillstand am Rhein anbiete, so tue es dies zweifellos, um freie Hand im Osten zu haben. Die Aufgabe der französischen Diplomatie werde es sein müssen, England von den Gefahren dieser Berechnung zu überzeugen und aus den deutschen Vorhaben alles herauszuholen, was der Festigung des Friedens der moralischen Brückung dienlich sein kann.

Am Quai d'Orsay wird erklärt, daß die großen Prinzipien in der Politik Briands und Derriots in dieser Frage völlig identisch seien. Die französische Regierung werde die Note betonen, daß sie bereit sei, den deutschen Rückwärtsschlag zu prüfen. Sie werde aber daran erinnern, daß der Bisterrbund nur Beiträge zwischen Bisterrbundmitgliedern registrieren kann, daß also Deutschland zuerst in den Bisterrbund eintreten müsse.

Die obige Darstellung der Pariser Information wird auch durch eine Londoner Reuters-Meldung bestätigt, in der es u. a. heißt: Bekanntlich sei die Räumung der Ruhr, die im August erfolgen solle, abhängig davon, daß Deutschland fortfähre, seine durch den Dawespaß übernommenen Verpflichtungen zu erfüllen, und es sei kein Grund vorhanden, Gegenentwürfe zu beschicken. Für die Räumung der Kölner Zone sei noch kein Datum festgesetzt, da diese gänzlich bedingt sei durch Deutschlands Verhalten in bezug auf die Abrüstung. Deutschland wird also unter seinem Feldmarschall-Präsidenten noch mehr abrüsten müssen, wenn es die Kölner Zone geräumt haben will. Daran können auch die nationalitätlichen Organisationen, Wehrwölfe, Wehring, Nationalsozialisten, Stahlhelm und nichts ändern. Am Gegenteil. Die Umtriebe, die sie mit ihrem Hindenburg machen, haben im Ausland neues Mißtrauen gegen, wie aus folgender Meldung hervorgeht:

Genf, 13. Mai. (Eigener Bericht.) Die Schweizer Presse stellt übereinstimmend ein Wiederauflieben der nationalitätlichen Demonstrationen im Zusammenhang mit der Wahl Hindenburgs fest. Die „Basler Nationalzeitung“ schreibt z. B. über den Stahlhelmtag in Frankfurt: „In einem Augenblick, wo die deutsche Regierung über die Räumung Kölns mit den Alliierten definitiv verhandelt, bildet sie eine Massenverammlung von Stahlhelmlern. Es ist das erste Mal, daß der große militärisch-organisierte ultranationalistische Bund aus seinem bisher heimlichen Dasein in die Öffentlichkeit tritt, zwei Wochen nach der Wahl Hindenburgs, ein Zeichen der Zeit. Wer hat diese zum Aufsehen machende nationalitätliche Massendemonstration gemacht? Was geht in Deutschland vor?“

Der Marschall als Präsident

Hindenburg hat den Eid auf die Reichsverfassung geleistet. Er hat unter schwarz-rot-goldenen Farben vor dem Volksparlament dem Republikaner Löbe in feierlichem Handschlag sein Manneswort für den Einnahme der Verfassung verpfändet. In den Ansprachen des großen Staatsaktes war immer wieder von der Republik die Rede. Selbst der kaiserliche Marschall von einst sprach das von vielen verpönte Wort, das selbst so manche Würgerliche nur zögernd in den Mund nehmen, geläufig aus. Wir wollen Herrn von Hindenburg nicht schlechter behandeln, als er es verdient. Der alte Herr gab sich Mühe, in Vortrag und Stimmtönen herauszuarbeiten, daß ihm der Eid eine heilige Sache und er tren zu seinem Schwur auf die Verfassung von Weimar zu stehen bereit ist.

Auch in seinen ersten amtlichen Kundgebungen klingt laut das Lied von der Treue gegen Verfassung und Gesetze an. Der Ruf nach dem Heer unterscheidet sich in nichts von den kläffenden Leistungen, die an hohen nationalen Festtagen als Gruß an das Reichsheer üblich sind. Der neue Reichspräsident aelobt, die Wehrmacht in den Dienst von Volk und Staat zu stellen, getreu dem Verfassungseid, den auch die Wehr geleistet hat. Kein kriegerischer Fanfarenklang, „Mühe und Gedulde“ sind die Leitworte der militärischen Kundgebungen. Man merkt, daß die vorsichtige Hand eines mit außenpolitischen Sorgen belasteten Politikers jedes Wort gewogen hat, ehe der Reichspräsident seine Unterschrift neben die des Reichswehrministers setzen durfte.

Auch die Kundgebungen an das Volk nimmt die Lösung „durch Frieden zur Freiheit“ auf. Noch sind die gemordeten Leiber der deutschen Volksführer nicht vermodert, die um solcher Lösung willen ihr Leben hingeben mußten. Jetzt verkündet der als „Retter“ ausgerufenen Hindenburg, daß auch er keinen anderen Weg als den friedlichen Entwicklung zur Befreiung kennt. Kennzeichnend für die trotz aller Rückschlüsse entscheidende Macht der Demokratie im neuen Reiche ist der stark betonte soziale Inhalt der Kundgebung. Sie enthält viele schöne Worte an die arbeitenden Massen, an die Alten und die Kranken, an alle die Opfer dieser blutigen und wirren Zeiten. Nichts mehr von der Annahme, mit der im alten Staate das Kunterbunt der unteren Schichten begegnete. Die Verfasser der Hindenburgischen Kundgebung wissen, daß trotz allem schwarz-weiß-rot Roten Schwenken sie von ihren eigenen Scharen verlassen werden, wenn sie die Grundrechte der Demokratie anzutasten wagen. Darum die Beschwörungsformel an das Volk. Darum die Gelöbnisse, daß man den Massen helfen wolle. Freilich fehlen die Angaben, wie die Hilfe geschehen solle. Glückliche Männlein und Weiblein und an vaterländischen Gefühlen sich bewachsende Jugend mögen die schönen Worte aulässig in sich aufnehmen. Die großen Macher der Präsidentschaft Hindenburg werden lächeln. Sie haben nicht Geldmilionen für die Wahl des Marschalls hinausgeben, um soziale Leistungen für Arme und Kranke, für Ausgehütete und Enterte. Können ist die tragende Gestalt Hindenburgs nur die Schutzwehr für volksfeindliche Wirtschaft und Politik.

Die von den Anhängern Hindenburgs beliebte Scheidung zwischen Nationalen und Antinationalen, zwischen schwarz-weiß-rot Roten und schwarz-rot-goldenen Landesverrätern wird von dem Reichspräsidenten nicht aufgenommen. Er reicht in dieser Stunde jedem Deutschen im Geiste die Hand. Sehr schön. Und wenn nun morgen jeder Deutsche, der nicht der Meinung deutsch-nationaler Grafen, Barone und Pastoren ist, als minderwertiger Zeitgenosse abgestempelt wird, werden wir dann einen Einspruch des alten Hindenburg aegen seine Parteigänger erheben? Wird er die Ruade vom Dolchstoß widerrufen? Das Wort „Ich kenne keine Parteien!“, das der Grundton der Hindenburgischen Kundgebung ist, hat schon ein Anderer einmal in geschichtlicher Stunde ausgesprochen, aber hat jener je darnach gehandelt? Und er stand Herr v. Hindenburg näher als uns.

Wir wissen nicht, ob der neue Reichspräsident aufmerksam Zeitungen lesen wird. Bemerklich nicht. Wir aber hören die Stimmen aus dem Heerlager seiner Freunde, und sie klingen anders als Hindenburgs Gelöbnisse! Selbst am Tage seines feierlichen Eides auf Schwarz-Rot-Gold verhöhnt die „Kreuzzeitung“ die Reichsfarben als „Schwarz-Rot-Gelb“. Soeben hat Hindenburg von der Reichstagstribüne zur Einigung gerufen, und noch in derselben Stunde proklamiert die deutsch-nationale Presse Lobschreien gegen die Fahne der Republik, kündigt die „Kreuzzeitung“ die Aufmühlung aller Volksleidenschaft durch einen Volksentscheid in der Klagenfrage an. In demselben Tage, an dem der alte Monarchist und kaiserliche General v. Hindenburg die Verfassung beschwor und alle Welt von uns verlangt, seinem Eide zu trauen, bezichtigt die „Kreuzzeitung“ in verletzter Form den toten Reichspräsidenten Oertel des Meineids. Dessen Schwur, so sagt das Funferblatt, habe in erster Linie der Sozialdemokratie gegolten, und seine Präsidentschaft

Empfänge beim Reichspräsidenten

Berlin, 13. Mai. Der Reichspräsident empfing heute das Präsidium des Reichstages. Präsident Löbe sprach namens des Präsidiums des Reichstages dem Reichspräsidenten aufrichtige Glückwünsche für seine Amtsführung aus und berichtete über die Gesandtschaftsreise des Reichstages. Der Reichspräsident erwiderte u. a., er hoffe daß diese Begegnung mit dem Reichstagspräsidium der Anfang einer durch keine Mißverständnisse getrüben vertrauensvollen Zusammenarbeit sein werde. Er sei sich bewußt, daß gerade in einer Republik die Würde und das Ansehen der Nation in hohem Maße in die Hände des Parlamentes gelegt sei.

Als Abordnung beim Reichspräsidenten als Vertreter der preussischen Staatsregierung Ministerpräsident Bruns, der Staatssekretär Dr. Weinmann begleitet war, und sprach namens des preussischen Staatsministeriums dem Reichspräsidenten die Glückwünsche des Reichstages und die Erwartung aus, daß das bisherige vertrauensvolle Verhältnis zwischen dem Reichsoberhaupt und Preußen auch in Zukunft seine Fortsetzung finden werde. Der Reichspräsident sprach die Hoffnung aus, daß es der Arbeit der preussischen Staatsregierung beschieden sein möge, den großen Lieberlieferungen des preussischen Staates, den besonderen Pflichten Preußens innerhalb des deutschen Reiches gerecht zu werden.

Als Abordnung der Wehrmacht des Reiches erschienen hierauf Reichswehrminister Dr. Wehler, der Chef der Generalstabes General von Seeck, der Chef der Marineabteilung, Admiral Senger. — Auf die Glückwünsche des Reichsoberhauptes erwiderte der Reichspräsident u. a.: Wehmut und Stolz erfüllen sein alles Soldatenherz, wenn er in den Ersehnten die Vertreter der heutigen deutschen Wehrmacht begrüßt. Die kleine Wehrmacht stehe unberührt von den Kämpfen der Parteien und politischen Meinungen aufrecht da. Der Reichspräsident gab der Hoffnung Ausdruck, daß es noch weiterhin gelingen möge, aus der deutschen Wehrmacht das wirksame Instrument ethischen Friedenswillens zu machen, das sie allein sein solle.

Der Reichspräsident wird am Freitag, 15. Mai, in Gegenwart des Reichstagspräsidenten und des Reichsministers des Innern die Staats- und Ministerpräsidenten und andere Regierungsoberhäupter der deutschen Länder zur persönlichen Vorstellung empfangen.

„Nur“ im Gebroch

Berlin, 13. Mai. Es wird von der sichtlich enttäuschten Stahlhelmpresse heute mitgeteilt, daß der Feldmarschall-Präsident bei seinem Einzug sowie bei der Eidesleistung „nur“ einen schwarzen Stivalpaleot getragen habe. Ferner hat auf die Anwesenheit des schwarz-rot-goldenen Präsidentenstandarte an Hindenburgs Wagen sehr verärgert gewirkt. Die soll aber auch Hindenburg gleich den Ritter aus dem schwarz-weiß-rotten Stagenhammer darstellen können?

Die Reichsbahn will weitere 30 000 Eisenbahner abbauen

Berlin, 14. Mai. (Eig. Fundienst.) Am Dienstag fand in der Hauptverwaltung der deutschen Reichsbahngesellschaft eine Sitzung der Direktionspräsidenten statt. Die Beratungen galt insbesondere der Information sämtlicher Präsidenten über die finanzielle und wirtschaftliche Lage der Reichsbahngesellschaft. Im Verlaufe der Sitzung wurde von maßgebender Stelle darauf verwiesen, daß der Personalbestand der Reichsbahn im Augenblick 765 000 Köpfe zählt und im Frieden nur 700 000, so daß ein weiterer Abbau von etwa 30 000 Eisenbahner geplant wird.

Der Beschluß des Korridor-Schiedsgerichtes

Danzig, 14. Mai. (Eig. Fundienst.) Das Korridor-Schiedsgericht hat am Mittwoch die Unfallstelle des Eisenbahnunglücks bei Stargard besichtigt und eine vorläufige Entscheidung gefaßt, nach der der Zustand der Strecke an der Unfallstelle für das Unglück, soweit es sich jetzt, also nach 10 Tagen noch überhand läßt, nicht verantwortlich gemacht werden kann. Der Zustand der an der Unfallstelle angrenzenden Streckenteile weist keine erheblichen Mängel auf, die die Betriebssicherheit gefährden könnten. Nach diesem Ergebnis hält das Schiedsgericht es nicht für dringend, weitere vorläufige Maßnahmen in der Aufklärung der Ursachen des Eisenbahnunglücks anzuordnen.

Das Zentrum will fest bleiben

Berlin, 14. Mai. (Eigener Fundienst.) Das Ergebnis der am Mittwoch abgehaltenen Vorstandssitzung der Zentrumspartei soll von den zuständigen Stellen erst heute veröffentlicht werden. Einige demokratische Blätter sind jedoch in der Lage, den wesentlichen Verlauf der Beratungen und das Ergebnis bereits in ihren heutigen Morgenblättern festzustellen, während die „Germania“ noch keinen Bericht bringt. In dem Bericht der demokratischen Presse heißt es, daß Marx Vorsitzender der Zentrumspartei bleibt und in der Sitzung des Parteivorstandes, die zeitweilig äußerst feindselig verliefen sein soll, erklärt hat, unter allen Umständen an dem von ihm eingeschlagenen Kurs festhalten zu wollen. Die große Mehrheit des Vorstandes hat sich angeblich hinter Marx gestellt und seine Haltung im Wahlkampf völlig gebilligt. Als Streiter für eine ausgesprochene Reichspolitik trat der württembergische Innenminister Holz auf den Plan. Er wünschte u. a. die Beteiligung des Zentrums an der Reichsregierung. Aber auch in dieser Beziehung dürfte sich eine Veränderung in der bisherigen Haltung der Zentrumspartei nicht ergeben. Man will dem Kabinett Luther keine Schwereigkeiten machen, behält sich aber jede Entscheidungsfreiheit vor.

Schaft sei ein Instrument der Sozialdemokratischen Partei gewesen. Das sieht wahrlich nicht danach aus, als wollten die Freunde Hindenburgs seinen Einigungsrufen folgen, und wir haben es auch nicht eine Sekunde erwartet.

Indes trotz aller nationalistischen Frechheit klingt ein wenig Sorge in den Begrüßungen der deutschnationalen Presse an. Sie fühlt sich nicht recht wohl in der neuen Rolle, das Präsidentenamt und den Staat nicht mehr so verlässern zu können, wie sie es sechs Jahre lang wider besseres Wissen getan hat. So bringt sie denn das niedliche Stückchen fertig, die Sozialdemokratie ob ihrer Arbeit für eine künftige sozialistische Gesellschaftsordnung als die Feindin der Republik anzusprechen und die Deutschnationalen als die wahren Freunde des republikanischen Staates anzusprechen. Es sieht fast so aus, als wollten die Monarchisten an dem Tage, an dem einer der Ihren Präsident geworden ist, ihre kaiserlich-königlichen Hoffnungen zu Grabe tragen, eine Leistung, die ihnen immerhin zuzutrauen wäre. Denn Treulosigkeit war ihnen und ihren fürstlichen Herren immer eien.

Politik und Wirtschaft aber kümmern sich bitterwenig um Sentimentalitäten, und ihr Charakter wird auch nie von einem Einzelnen, am wenigsten von einem achtzigjährigen Marschall, bestimmt. Hinter der in weltlichen Bahnen sich vollziehenden deutschen Gegenrevolution stehen die großen kapitalistischen Kräfte, denen die Staatsform wenig, der Staatsinhalt alles bedeutet. Noch klarer: die Kräfte, die die Staatsmacht beherrschen wollen, um die eigenen Besitzverhältnisse gegenüber den andrängenden Massen zu sichern und zu befestigen. Diese Kräfte haben andere Begriffe von Eid und Pflicht als der greise Generalfeldmarschall. Die dem kapitalistischen Herrschaftswillen galt unser Kampf um die Brüderlichkeit und nicht dem zufälligen Kandidaten Hindenburg oder Jarres. Das Ringen zwischen der Wirtschaftsmächten oben und unten, die um die Gestaltung einer neuen Welt kämpfen, wird durch diesen Tag nur insofern berührt, als die Kongressgewaltigen der Industrie und die großen Landbesitzer sich ihrem Ziele auf Eröberung der Staatsgewalt ein Stück nähern sehen. Die Republikaner, die das Reich zu einem sozialen Staate machen wollen, werden nicht eine Stunde von dem Streben nach diesem Ziele abirren. Es muß sich zeigen, ob Hindenburg wirklich noch stark genug ist, seinen beschworenen Worten Kraft zu verleihen, wenn die Gegenkräfte den Verfassungsrahmen zu sprengen drohen. Einmalen kann er von uns nur Respekt vor seinem republikanischen Amte fein Vertrauen erwarten, und die hinter ihm stehenden Mächte bleiben unseres tiefsten Mißtrauens wert.

Strefemann und die Nationalisten

Als Strefemann kürzlich in München weilte, benutzte er die Gelegenheit, bayerischen Journalisten ein Privatgespräch über seine Außenpolitik, vor allem über den Sicherheitspakt und über den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund zu lassen. Der Außenminister nahm diese Aufgabe ganz augenscheinlich um so wichtiger, als ihm gerade von Bayern aus seit langem die schwersten Krügel erteilt werden. Seine Ausführungen waren sehr interessant. Da sie aber vertraulicher Natur waren, darf nur so viel gesagt sein, daß sie von Anfang bis zum Ende eine großzügige Verteidigung der Verhältnispolitik und infolgedessen in gleicher Weise eine glatte Ablehnung gewisser deutschnationaler Zweifelsfragen waren. Da die nationalistischen Münchener Schmöks diesen Darlegungen Strefemanns nicht öffentlich in ihren Blättern entgegenzutreten konnten, organisierten sie fink unter dem Pinnenschild des Deutschen Kampfbundes gegen die Kriegsschuldfrage eine sogenannte Massenversammlung mit dem üblichen nationalistisch-böhmischen Beizeck, um Strefemann den notwendigen Fußtritt zu versehen. Den Farbenschmuck dieser Massenversammlung bildeten die mißbrauchten studentischen Korps und Burschenschaften, aber bezeichnenderweise beteiligte sich an dem Nummel nicht eine einzige politisch bekanntere Persönlichkeit. Das Referat hielt der erste Vorsitzende des Bundes, Professor Dr. Graf du Moulin-Glart, ein seit langem bekannter nationalistischer Vielredner und Schreier. Seine Rede war eine einzige Lobeshymne und Vertrauensfundgebung für Hindenburg, während der der Reichsregierung schärfstes Mißtrauen entgegengebracht. Ja, er forderte sogar Entlassung dieser Reichsregierung durch den neuen Reichspräsidenten: „Zeit auf, mein Feldherr, führe den Streich gegen dieses Ministerium; das kannst du und das mußt du!“ Als der Herr Graf vor den Ministern sprach, erlöste die Zuruf: „Juden!“ Er erwiderte: „Es sind alles getaufte Christen!“ Bei Strefemann stellte er ausdrücklich fest, daß Strefemann getauft und seine Frau eine Jüdin sei. Seinem fanatischen Haß gegen die Republik gab er dadurch Ausdruck, daß er von einer „erbärmlichen Republik“ sprach, die das deutsche Volk länger ertragen habe als es ein deutsches Herz zu dulden vermag.

Zur Amnestiefrage

Wie berichtet, hat die Reichsregierung am Montag in vorgerückter Abendunde die von der Rechtspreffe anlässlich des Amtsantritts Hindenburgs angekündigte Amnestie demontiert. Das ändert nichts an dem anfänglichen Plan, eine Amnestie zu erlassen, der übrigens auch jetzt noch vorhanden sein soll. Innerhalb der Regierungsparteien herrschen aber über den Umfang und die Art dieser Amnestie Meinungsverschiedenheiten. Die Einen haben es hauptsächlich auf die Kapp-Rebellen abgesehen, während die Anderen einer derartig einseitigen Amnestie aus außenpolitischen Gründen für unmöglich erachten. An die Opfer der Inflation und die politischen Häftlinge aus den Reihen der Linken scheint die Reichsregierung mit Hindenburg weniger zu denken. Der Lohn für das Wahlergebnis vom 26. April und den Sieg Hindenburgs soll in erster Linie den Anhängern der schwarz-weiß-roten Farben und den Gegnern der Weimarer Verfassung zuteil werden.

Zum Höflestandal

Die demokratische Reichstagsfraktion hat folgende kleine Entschärfung eingebracht: „Die im Untersuchungsamt des preussischen Landtags im Zusammenhang mit dem Tode des früheren Reichspostministers Dr. Höfle festgestellten Tatsachen haben in ganz Deutschland lebhafteste Beunruhigung

hervergerufen und den Eindruck entstehen lassen, die Behandlung kranker Untersuchungsgefangener ist in einer Art erfolgt, die eines Kulturstaates unwürdig ist. Was bedeutet die Reichsregierung zu tun, um eine ausreichende ärztliche Pflege kranker Untersuchungsgefangener in allen Ländern Deutschlands sicher zu stellen?“

Der Gefängnisarzt Dr. Thiele, dem die Behandlung des erkrankten Höfle oblag, ist einstweilen beurlaubt worden.

Deutschland soll die belgischen Kriegsschulden bezahlen

Brüssel, 13. Mai. (Eigener Bericht.) Es verlautet, daß die Vereinigten Staaten jetzt beschlossen haben, die belgischen Kriegsschulden im Betrag von 9 Milliarden Francs zurückzuverlangen. Maßgebende Regierungskreise befähigen weder das Gerücht, noch bestreiten sie es. Belgien wird jedoch die amerikanische Forderung unter Hinweis auf den Verfall der Vertrag ablehnen. Dieser Vertrag entlastet Belgien von allen Kriegsschulden und bildet sie, soweit diese vorhanden sind, nach § 239 Deutschland ab. Wenn also Amerika die Rückzahlung der belgischen Kriegsschulden will, so ist es sich nach der Auffassung maßgebender Regierungskreise an Deutschland wenden.

Kommunistische Winkeltzüge

Den Kommunisten schwimmen in recht erheblichem Umfang die Felle davon. Ihre Spaltungsversuche in der SPD, und in den Gewerkschaften sind ohne Erfolg geblieben, wenn man nicht eine weitere Annäherung der kommunistischen Stimmen als „Erfolg“ dieser Zerstückelung dachten will. Jetzt haben sie es auf das „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“ abgesehen. In jeder Ausgabe der kommunistischen Blätter wird nach dem Grundsatze: „Steter Tropfen höhlet den Stein“ behauptet, daß irgendwo Reichsbannerler mit dem roten Jungsturm oder anderen kommunistischen Organisationen gemeinsam demonstrieren hätten. Es fehlt auch nicht an Versuchen, die Mitglieder des Reichsbanners zum roten Frontbund herüberzuziehen. Die Berliner „Rote Fahne“ veröffentlicht nun am Dienstag einen Brief einer angeblichen Mitgliedergruppe des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold an ihre proletarischen Kameraden im Reichsbanner. Darin werden Zentrum und Demokratie als „Diener und Gefährter für die Hohenzollern“ und der Preussische Ministerpräsident Otto Braun als „Preussischer Dames-Minister“ bezeichnet. Anschließend wird an die Sozialdemokraten die Forderung gestellt, zur Politik Webers, Liebknechts, Marx und Lassalles zurückzukehren. Dieser Brief ist mit Namen von sieben Personen unterzeichnet, die angeblich Mitglieder des Reichsbanners der Gruppen Tiergarten und Schöneberg sind. Der Gauvorstand Berlin-Brandenburg des Reichsbanners hat festgestellt, daß die genannten Personen niemals dem Reichsbanner angehört haben. Das Ganze ist also ein aufgelegter Schwindel.

Kommunistische Brieffälschungen

Das Mannheimer Kommunistenorgan, die „Arbeiterztg.“, veröffentlichte in seiner Ausgabe vom 21. April, also am Tage vor der Reichspräsidentenwahl, in sensationeller Anmachung mehrere Briefe, die der bairische Minister des Innern und von ihm beauftragte Personen an den Gauvorsitzenden des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, Dr. Kraus-Mannheim, vor der letzten Reichstagswahl zum Zweck der Beeinflussung der Wahl geschrieben haben sollen, außerdem ein Rundschreiben des Innenministers an die Staatsanwaltschaften, das dem gleichen Zweck dienen sollte. Diese Briefe, sowie das Rundschreiben an die Staatsanwaltschaften sind von Anfang bis zu Ende frei erfunden und stellen eine grobe Fälschung dar. Mit den Briefen sollte der Anschein erweckt werden, daß der Minister durch seine eigene Tätigkeit und durch die seiner Weisungen in unzulässiger Weise Staatsbehörden einseitigen Parteizwecken dienlich mache; insbesondere sollte das Reichsbanner, das sich in den Dienst des Volksblocks gestellt hatte, kompromittiert und Verwirrung in die Wähler und vor allem in die Arbeitermassen der großen Städte hineingetragen werden, um sie von der Wahlurne fernzuhalten.

Obgleich alsbald nach Veröffentlichung der gefälschten Briefe unterzüglich in der Presse des Landes eine entsprechende Erklärung erschien, wurden die Fälschungen der Mannheimer „Arbeiterzeitung“ von dem Stuttgarter Kommunistenblatt, der „Süddeutschen Arbeiterzeitung“ und dem „Massenkampf“ in Halle nachgedruckt. Das letztere Blatt, das in der gleichen Nummer eine Notiz über die gegen die Fälschungen der Mannheimer „Arbeiterzeitung“ getroffenen Maßnahmen bringt, beugte sich nicht mit den gefälschten Briefen der „Arbeiterztg.“, sondern veröffentlichte noch weitere, ebenso von 1 bis 3 gefälschte Briefe ähnlichen Inhalts unter der großen Überschrift: „Die Kommunisten gefest werden“ wofür man treffender sagen würde: „Die Kommunisten d er hebt werden.“

Der ganze Vorgang wird in allen diesen Fällen — hinzukommt der „Bätkische Beobachter“ (München), der, um ja nicht hinter den Kommunisten zurückzubleiben, ebenfalls einen der gefälschten Briefe nachdruckt — noch ein gerichtliches Nachspiel haben.

Ein weiblicher Richter abgelehnt

Nach einer im „Volksfreund“ vom 11. d. M. wiedergegebenen Meldung gab die 2. Kammer des Landgerichts Berlin in einem Gesuch um Ablehnung einer Schöffin statt, das damit begründet war, die Frau als solche habe durch Erziehung, Geschlecht und Auffassung eine einseitig betonte Einstellung zu Sittlichkeitsbegriffen. Um ein solches handelte es sich. Nach Artikel 128 der Reichsverfassung sind alle Staatsbürger ohne Unterschied nach Maßgabe der Gesetze und entsprechend ihrer Befähigung und ihren Leistungen zu den öffentlichen Ämtern zuzulassen. Alle Ausnahmebestimmungen gegen weibliche Beamte werden beseitigt. Durch ausführliche Spezialgesetze ist die Zulassung der Frauen zum Laien- und Berufsrichtamt garantiert (Gerichtsverfassungsgesetz § 20, Reichsgesetz über die Zulassung der Frauen zu den Ämtern und Berufen der Rechtspflege vom 11. 7. 22).

Die oben erwähnte Entscheidung verstößt gegen dies Verfassungsrecht und gegen die Strafprozeßordnung. Nach letzterer findet wegen Befolgung der Befehle die Ablehnung statt, wenn ein Grund vorliegt, welcher geeignet ist, Mißtrauen gegen die Unparteilichkeit eines Richters zu rechtfertigen. Soll der verfassungsgemäß garantierte Gleichberechtigung der

Frau auf dem Gebiete der ausübenden Justiz nicht grobenteils jede praktische Bedeutung genommen werden, so kann die Geschlechtszugehörigkeit als solche niemals ein Ablehnungsgrund sein. Die Frau wäre sonst beispielsweise als Berufsrichter geradezu unbrauchbar. Bei dem großen Umfang, den die Sittlichkeitsbegriffe auf den Rangbestimmungen der Strafgerichte einnehmen, könnte man gemeinhin eine Frau nicht zum Richter einer Strafkammer ernennen. Die Konkretheit der erwählten Entscheidung ist aber auch, daß man geneigt ist, die männlichen Eigenarten in gleichem Sinne zu behandeln. Mit demselben Recht, wie man die Ablehnung gegen eine Frau begründete, kann man auch in anderenartigen Prozessen Einwendungen gegen die Frau aus ihrer Eigenart entnehmen und kann man je nach Lage des Falles männliche Richter mit Bezug auf ihre angeblich besondere männliche Einstellung ablehnen, ein offenbar ganz absurdes Ergebnis. Es ist immerhin mit der Möglichkeit zu rechnen, daß die betreffende Berliner Meldung unbefähigt ist und daß gegen die Schöffin noch andere spezielle Ablehnungsgründe vorliegen. Im Interesse einer gerechten Justizpolitik wäre es wünschenswert, wenn man die näheren Einzelheiten feststellen könnte.

Die Meldung berichtet noch, der Verteidiger habe in der Mitwirkung der Frau bei derartigen Prozessen eine Beschränkung der Verteidigung gewünscht, weil es ihr ein natürliches Schamgefühl verbiethen würde, in Gegenwart einer Frau am Richterisch gewiffe für notwendig erscheinende Fragen mit voller Klarheit zu stellen und zu erörtern. Es wäre kaum zu begreifen, wenn das Gericht ein solches Vorbringen ernst genommen hätte. Nicht nur in Sittlichkeitsprozessen, sondern bei Strafprozessen aller Art kann es die Sachlage mit Rücksicht auf die Interessen der Beteiligten Art auf die schonungslosste Weise vor wesentlichen Beteiligten, Parteien und Zeugen, erörtert werden müssen. Das gleiche gilt von sehr zahlreichen Zivilprozessen. Man denke insbesondere an die Instanzen eines Ehegerichts, eines Alimentationsprozesses, ein solches Richter, ein solches Staatsanwalt, ein solches Verteidiger und Prozeßvertreter, der sich durch ein irre geleitetes Schamgefühl zu einer ungewöhnlichen und schließlichen Zurückhaltung verleiten ließe. Und was unter Umständen und zwar sehr häufig vor ganz jugendlichen weiblichen Personen geschehen muß, das sollte nicht geschwiegen werden einer reifen Kraft im allgemeinen doch freiwillig übernommenen Amtes zur Ausübung des Richteramtis berufenen Frauenperson? Zum Amt eines Schöffen (einer Schöffin) sollen nicht berufen werden Personen, welche zur Zeit der Aufstellung der Urliste das dreißigste (30.) Lebensjahr noch nicht vollendet hatte. (Gerichtsverfassungsgesetz § 88 S. 1).

Fälle wie der vorliegende bedürfen umso mehr der öffentlichen Kritik, als gegen den Beschluß der ein Ablehnungsersuchen für begründet erklärt, kein Rechtsmittel stattfindet, und als hier eine sehr bedeutsame Gefährdung wichtigsten Verfassungsrechtes droht.

Dr. Kullmann

Deutscher Reichstag

Berlin, 13. Mai.

Das Haus wendet sich der Beratung des Haushaltes des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft zu. Das den Beratungen des Ausschusses für Ernährung, Abg. Dietrich-Waden (Dem.) ist hervorzuheben, daß im Ausschusse die Frage der Landwirtschaftsübernahme aufgedrungen werden sollte. Angesichts der gegenwärtigen Wirtschaftslage und der Notwendigkeit einer Vertiefung der Agrarwirtschaft gegenüber dem Ausland ist im Ausschusse zu einer Besprechung der Frage gelangt, um so mehr, als in Industrie und Wirtschaft durch das Reichsministeriums betreten werden.

Der Berichterstatter unterbreitete dann dem Hause eine Reihe von im Ausschusse angenommener Entschärfungen: Abg. Jäger (Soz.) wendet sich gegen die Schutzstelle, die der Landwirtschaft keine Vorteile bringen und die Verbraucher belasten. Die Note der Landwirtschaft sollen in dem Kreditmangel begründet sein. Unter dem Kreditmangel leidet aber auch die gesamte Industrie. Die Kritik in der Landwirtschaft ist besonders groß bei den Landarbeitern. Viele Arbeiter seien an Verhungern. Im Kreise Gumbinnen gebe es Arbeiter, die für einen Stundenlohn von 12 Pf. (!) arbeiten müssen. Der Redner wendet sich dann gegen die schlechten Wohnverhältnisse der Landarbeiter. In Ostpreußen gebe es zahlreiche Landarbeiterwohnungen, die nur Lehmwände hätten und aus einem einzigen Raum beständen. Der Redner schlägt dann für die Umgestaltung der Landwirtschaftskammer ein, der mindestens ein Drittel der stammberichtigten Landarbeiter angehören müssen. Im Interesse der Landwirtschaft selbst ersucht der Redner schließlich den Landwirtschaftsminister, den Bedürfnissen der Landarbeiter mehr Beachtung zu schenken. Dadurch würde die Arbeitsfreudigkeit geboten und die Produktion gefördert werden. (Zustimmung und Beifall links).

Abg. Lind (Dnt.) Es wird Aufgabe des Landwirtschaftsministers sein, die Befreiung der Not der Landwirtschaft und die Produktion zu steigern. Die Sozialdemokraten hätten sich nur darin gefallen, Ausnahmegesetze gegen die Landwirtschaft zu erlassen und habe oft gesagt, wie wenig sie den Bedürfnissen der Landwirtschaft gerecht werden. Durch Aufröhlere könne man in der Landwirtschaft eine Produktionssteigerung nicht erzielen, wohl aber durch intensive Bewirtschaftung. Daß die Landwirtschaft heute weniger Arbeitskräfte brauche als vor dem Kriege, sei ganz verständlich. Es seien eben mehr Maschinen eingeführt, die die Handarbeit ergänzen. Aber auch die Vollfreiheit vermindere die Arbeitsmöglichkeiten. Das wäre klar, wenn man bedenke, daß 1913 unter dem Zolltarifgesetz 188 000 Doppelgetreidehafer in die Freiheit eingeführt worden sind. Dann wendet sich der Redner gegen die Preisdifferenzen auf dem Fleischmarkt. Während die Viehpreise unter den Weltkriegsjahren lagen, lägen die Fleischpreise erheblich höher als 1918. Im Bezug auf die Handelsverträge müßten Industrie und Landwirtschaft gleichermaßen berücksichtigt werden. Handelsverträge wie der spanische seien daher abzulehnen (Zustimmung).

Abg. Krone-Rünzler (B.) meint, daß Deutschland infolge seiner geografischen Lage in erster Linie ein Agrarland sei. Die Landwirtschaft habe das größte Interesse an einem guten Stand der deutschen Industrie, denn die in der Industrie Beschäftigten seien die Hauptabnehmer der Landwirtschaft. In einem Jahre nach der Inflation sei eine landwirtschaftliche Schuldenlast von etwa 3 Milliarden entstanden. Wenn man dabei die hohen Zinsen berücksichtige, so zähle die Landwirtschaft heute an Zinsen für die drei Milliarden Schulden mehr, als sie früher für 19 Milliarden Schulden zu zahlen gehabt hätte. (Laut, hört.) Die Milliarden Schulden zu zahlen gehabt hätte. (Laut, hört.) Die Steuern sollten so bemessen sein, daß sie von der Landwirtschaft ohne Inanspruchnahme teurer Kredite getragen werden könnten. Die Regierung müsse baldigst einen Solikurs vorlegen, wobei es darauf ankomme, die Relation zwischen den Zöllen anrecht zu erhalten. (Sehr richtig.) Sollte die Landwirtschaft im letzten Jahre den Freihandel gehabt, auf den sie im Interesse des deutschen Volkes verzichtet habe, so würde sie jetzt anders und besser

baldigen. (Sehr richtig.) Zum Schluß fehte sich der Redner unter Zustimmung der Mitte des Hauses noch für Mindestzölle für Getreide und Vieh ein.

Abg. Drey (D. W.) wünscht parlamentarische Erklärungen vom Reichsfinanzminister, da doch wichtige Fragen für die gesamte Wirtschaft zur Sprache stünden. Die Landwirtschaft sei die Grundlage der gesamten Volkswirtschaft in Deutschland. Die Entwicklung der Kreditfrage müsse mit besonderer Sorge erfüllt werden. 1924 habe die Landwirtschaft etwa 1 1/2 Gold-Milliarden an Devisen aufnehmen müssen, von denen ungefähr die Hälfte im Herbst dieses Jahres zurückgezahlt werden solle. Das könne nur geschehen, wenn die Landwirtschaft, ohne die Produktionskosten zu berücksichtigen, verkaufen müsse, was entbehrlich und unrentabel sei. Das müsse verhindert werden. Die Regierung müsse für eine Verlängerung der Kreditfrage Sorge tragen. Zum Schluß seiner Ausführungen wendet sich der Redner der Handelsvertragspolitik zu, die nur erfolgreich geführt werden könne, wenn ein Zolltarif vorhanden sei. (Zustimmung.)

Dann verlegt sich das Haus auf Donnerstag 1 Uhr. Auf der Tagesordnung stehen die Internationalen Arbeitsabkommen und die Beratung des Haushalts für die Ausführung des Genfer Vertrages. — Schluß 147 Uhr.

Die im Reichstag für Donnerstag in Aussicht genommene große politische Aussprache beim Haushaltsplan des Reichsämtes wird erst in der kommenden Woche stattfinden.

Aus dem Freistaat Baden

Evangelische Kirche und Republik

Die evangelische Oberkirchenbehörde hat bekanntlich vor der Reichspräsidentenwahl in allen Sprachen der Welt sich gegenüber den Anträgen die gegen sie wegen der Kanakalagitation ihrer Geistlichen zu Gunsten der Wahl des Herrn v. Sindenbura erhoben wurden, ausgesprochen. Sie sah feelenruhig der Verurteilung zu, die die Verfassungskommission der Reichsversammlung und die Reichsversammlung selbst der fanatischen nationalitätlichen Geistlichkeit unter der evangelischen Glaubensgemeinschaft anrichtete. Nach der Wahl erschienen dann gedrehte und gewundene Erklärungen, von denen Notia zu nehmen wir keinen Anlaß hatten, da wir sie für leere Ausfälle und Ausreden hielten, denen wir keinen Glauben schenken. Die Oberkirchenbehörde wird ja nun wohl selbst-erkannt haben, welchen Schaden sie und ihre Orane draußen in Baden unter den Angehörigen der evangelischen Kirche mit dieser einseitigen Beteiligung am politischen Kampfe der Sache der evangelischen Kirche zugefügt hat. Kein Gläubiger, dem Religion wirklich Herzenssache ist, wird bestreiten können, daß diese von den Geistlichen betriebene nationalitätliche Sekte, unter feinen Umständen mit den Lehren dessen vereinbar ist, als dessen Pfarrer und Prediger sich diese Geistlichen bezeichnen. Sie, die Friede und Nächstenliebe predigen sollen, haben Haß und Feindschaft geübt; sie haben ihren Stand entwürdigend und haben ihr Gotteshaus geschändet. Es wird Aufgabe der Anhänger des evangelischen Glaubens sein, die mit dieser Art von Ausübung des Berufes eines Pfarrers nicht einverstanden sind, allerorts dazwischen Stellung zu nehmen und um endlich die Kirche von nationalitätlichem Schmutz zu reinigen.

Wie in der Kirche, so treiben es aber auch draußen die Herausgeber der verschiedenen evangelischen Kirchenblätter. Unentwegt wurde auch da der Kampf gegen die Republik und gegen Marx für Sindenbura geführt. Ohne Gewissensbedenken wurde der Religionshaß geschürt, wurde die Republik verlästert, wurde eine wüste nationalitätliche Agitation und Sekte getrieben. An der Spitze dieses Treibens marschierte, wie schon von jeher, das von dem Stadtpfarrer von Gillingen, Dr. Herrmann geleitete „Evangelische Kirchen- und Volksblatt“. Es ist geradezu ekelhaft, wenn man in diesem Blatte zuerst die frommen, von Religiösität und Gottesglauben triebenden Betrachtungen, Bibelauslegungen, Erklärungen zu lesen bekommt, und dann plötzlich mitten im Text den nationalitätlichen Verderb gewahrt wird, in der politischen Wochenbetrachtung, die ganz im Geiste der Deutschnationalen, völkischen Weltanschauung aufgemacht und abgefaßt ist. Vor der Wahl trat das Blatt natürlich unentwegt für Sindenbura ein. Das in Traktatmanier aufgemachte politische Geschwätz ist ja meist blanker Unsinn, zeugt von einer geradezu beamtenwertigen politischen Dumm- und Blödsinn der Verfasser. Aber Hauptsache ist ja diesen von der Republik bezogenen Volksaufhetern, daß das altnährliche, harmlose Volk draußen auf das feidste Geschwätz hereinfällt. Und das es hereinfiel, zeigt ja der Ausgang der Wahl.

Das „Evangelische Kirchen- und Volksblatt“ ist natürlich hochbefriedigt über den Ausgang der Wahl. — Die Wahl Sindenbura zum Reichspräsidenten sei ein Lichtbild in der deutschen Geschichte nach fast siebenjähriger Finsternis und Dämmerung! „Kraaen wir ober bei dieser Gelegenheit — so heißt es mit heuchlerischem Augenaufschlag in einem Satz weiter —: „Was hat die Republik bis jetzt Gutes gebracht? Dann müssen wir antworten: Nichts als Parteikämpfe über Parteikämpfe; Zerreißung unseres Volks, Mammorismus.“ Und dann kommt zum Schluß die Blasphemie: „Wir aber wollen im Beten nicht nachlassen, daß Gott unsern neuen Reichspräsidenten ein reiches Maß von förpverlicher Kraft und klarer Erkenntnis für das Wohl des Volkes schenken möge. Wir setzen unsere Hoffnung nicht auf Sindenbura, aber auf den gnädigen Gott. Er verläßt sich auf ihn. Er braucht aber eine Petergruppe hinter sich.“ — Solches Schindluder wird also in „evangelischen“ Blättern mit dem Namen Gottes angetrieben.

Eine Antwort sei dem evangelischen Citieren aber doch auf seine Frage, was die Republik bis jetzt Gutes gebracht habe, geben. Und zwar eine Antwort aus der Feder eines guten, überzeugten Vertreters des evangelischen Gedenkens, des Herrn Abg. Adm. v. Köder, der sich in der letzten erschienenen Nummer der von ihm herausgegebenen „Süd- und deutschen konservativen Korrespondenz“ ebenfalls mit der evangelischen Wahlagitation für Sindenbura auseinandersetzt und u. a. folgendes schreibt:

„In Baden, im katholischen Baden, waren früher alle leitenden Stellen, bis auf verschwindende Ausnahmen, von kulturkämpferischen Nationalisten besetzt. In diese Vorzugung des kulturkämpferischen, im Prinzip antireligiösen und antikirchlichen Nationalismus ging so weit, daß auch die positiven evangelischen Konfessionen zum Ausschluß aus den leitenden Stellen betroffen waren. Das hat man heute gerade in konservativen Kreisen ganz vergessen. Selbst Demokraten und Sozialdemokraten brauchen gegen konfessionell-positive Protestanten mehr Geduld als gegen die kulturkämpferischen Nationalisten! Die Positiven waren im alten badischen Staat geachtet, so gut, wie die positiven Katholiken; katholisch war nur dann kein Ehrfehler, wenn der Katholik zu den Antikirchlichen gehörte. Kein Positiver und Konfessionsloser konnte in eine leitende politische, aber auch nicht in eine leitende kirchliche Stellung kommen! Hat man dies denn alles vergessen? Wenn ein Positiver mal in den Oberkirchenrat kam, dann war es entweder ein sogen. Konfessionsfuge, oder in feinem positiven Rückgrat war irgendwo eine nachgiebige Stelle, wie im Falle des Herrn Kirchenrat Maier. Wenn heute in der Oberleitung der evangelischen Kirche positive Männer sitzen, so haben sie das lediglich und ganz allein dem neuen Staat und dem neuen Geist der Gerechtigkeit zu danken, der eine solche Konstellation möglich macht. Glauben denn die Herren Würth und Kühlein, sie wären Prälat und Oberkirchenratspräsident unter dem alten Regime ge worden? Beide wären trotz ihrer Begabung, trotz ihrer innerlichen Eignung, Land- und Stadtpfarrer geblieben! Prälat und Oberkirchenratspräsident wären geworden ausgesuchte Persönlichkeiten aus der höheren Gesellschaftssphäre des opportunistischen Liberalismus. Vielleicht daß man zum Prälaten wieder einen dogmatisch gemäßigten Positiven, aber kirchenpolitisch links gerichteten Pfarrer höherer gesellschaftlicher Garnitur genommen hätte. So liegen die Dinge. Wenn man das heute positiverseits ganz vergessen hat, so ist das tief bedauerlich. Was die Positiven in Freiheit der Bewegung und öffentlich-rechtlicher und öffentlich-kirchlicher Anerkennung gewonnen haben, das haben sie dem Zentrum unter Mitwirkung der Demokraten und Sozialdemokraten — fortwählig dictu — zu danken. Und wenn heute Männer aus dem Volke und des positiven evangelischen Bekenntnisses an der Spitze der Kirche stehen, so haben sie das glattweg dem neuen Regime zu danken.“

Die Feststellungen des Herrn Abg. Köder stimmen vollständig. Die Republik hat also gerade der evangelischen Kirche doch dies und jenes Gute gebracht. Die blinden Fanatiker wollen dies natürlich nicht wahr haben, obgleich sie es ja gerade auch der Republik zu verdanken haben, daß sie ihren Fanatismus derart austoben konnten, daß es ihnen möglich ist, die Kanzel zu politischen Treibereien zu mißbrauchen, Parteikämpfe auch im Gotteshaus zu führen und die Zerreißung des Volkes von religiösen wegen zu betreiben. Es sollte Aufgabe der Republik sein, diesem Mißbrauch einer gewöhnlichen Freiheit ein Ende zu machen; denn diese evangelischen Kreise scheinen tatsächlich für die Republik noch nicht reif zu sein. Das „Evangelische Kirchen- und Volksblatt“ stellt übrigens diese Unreife selber fest.

Tagung des Landesverbandes der badischen Hotel-Industrie und verwandter Betriebe

Im Mannischen Saal des Hotels „Dalm“ in Konstanz fand der Vorstandstag der badischen Hotelindustrie statt. Nach den Begrüßungsworten der verschiedenen Vertreter teilte der Vorsitzende mit, daß an den Oberbürgermeister von Konstanz ein Telegramm abgegangen sei, in dem die Aufhebung der Fremdensteuer in Konstanz verlangt wird. Hieran erteilte Direktor Bieringer den Jahresbericht, wobei er energisch Beschwerde führte über die verschiedene Besteuerung des Hotelgewerbes, wie Wein- und Biersteuer. Auch gegen die Gebäude-, Sondersteuer und die Umsatzsteuer führte der Redner Klage. Weiter besprach der Redner Organisationsfragen und Verbesserungen. Es folgte der Bericht über die Tagung des Verwaltungsrates und der Hauptversammlung des Landesverbandes, erfaßte von Mitglied Galtler. Im Anschluß daran folgte die Verlesung eines Beschlusses, worauf der Landesverband die Gesteigerung der badischen Steuern als eine der wichtigsten verfassungsmäßigen Aufgaben des badischen Staates erachtet. Die dadurch ermöglichte Verfügung der Finanzen und die Anwesenheit der elektrischen Bundesbahn würde den Wettbewerb mit den hiesigen Bahnen zu unseren Gunsten verändern. Günstige Vorbedingungen seien in Baden in reichem Maße vorhanden. Weiter forderte die Tagung von der Reichsregierung eine konkurrenzfähige Tarifpolitik im Wettbewerb mit dem Ausland. Die geplante Importzollerhöhung der Personentaxen soll unterbleiben und zudem sollten billigere Zonenentartung im Fernverkehr eingeführt werden. Die Stundenbeziehung sollte von 1-24 Uhr durchzuführen und der Sommerfahrplan bereits am 1. Mai eingeführt werden. Die Dampfwagen und die Schlafwagen sollten eine bessere Ausstattung erfahren. Die Verlesung schloß ferner einen Beschluß zur Forderung der badischen Grund- und Gewerbesteuer, der an die zuständigen Stellen weitergeleitet wird. An den Steuer- ausgleich des Reichstages, an das Reichsfinanzministerium, an das Reichswirtschaftsministerium und das badische Ministerium des Innern wurde ein Telegramm gerichtet, in dem die Verlesung dringend die Aufhebung der Reichsfremdensteuer fordert.

Rechtsanwalt Dr. Hermann referierte über den Stand des Aufwertungsrechtes. Nach seinen Ausführungen werden die Hoffnungen auf eine günstige Aufwertung schwer enttäuscht werden. Die Aufwertung der Hypotheken werden kaum mehr als 20 Prozent betragen. In der Weiterberatung wurde eine Eingabe an die badische Regierung, befohlen, die sich gegen die Gebäude- und Sondersteuer wendet, deren schmerzlicher Abbau notwendig sei. Sie trifft das Hotelgewerbe in besonderem Maße und zwar umso mehr, je höher die Besteuerung der Hotels sei. Bei Saisonbetrieb müßte sie geradezu verheerend, weil sie auch für die tote Saison berechnete werde.

Hotellier Kniff aus Bad. Nippoldsdau referierte über den Postverkehr, der insbesondere auf dem Lande viel zu wünschen übrig lasse. Wegen eine weitere Einschränkung müsse Stellung genommen werden. Die Besetzung des Sommergastverkehrs bei der Post würde für das Hotelgewerbe schwer schädigend.

Hotellier Galtler-Heidelberg hielt einen Vortrag über den Ausbau des Berufsschulwesens für die Angestellten des Hotelgewerbes. Er verlangte in feinem Referat u. a. die dreijährige Einreihung der Lehrlinge in die Pflichtenhandelschule, wie dies bereits in Baden-Baden und Konstanz der Fall sei. Die Lehrlinge müßten mindestens die Sekunda einer Mittelschule hinter sich haben. Hotellier Augenstein-Konstanz reichte an, daß der Zwang zum Besuch der Pflichtenhandelschule auch auf die Koch- und Konditorlehrlinge des Hotelgewerbes ausgedehnt werde. Der Vorsitzende referierte über das Mantelabkommen

und den Lohnsatz von Baden-Baden, sowie über den Protest gegen diese Lohnsätze. Nach eingehender Aussprache wurde dieser Protest zurückgezogen. Der Baden-Badener Lohnsatz gelte lediglich für diese Stadt. Die anderen könnten machen, was sie wollten. Vielfach liege die Schuld an unvernünftigen Lohnforderungen und am gegenseitigen Ueberbieten bei dem Hoteliers selbst. Schließlich wurden noch Preisfragen besprochen, wobei beschlossen wurde, daß sich die Ueberrastpreise um die Frühstückspreise erhöhen, wenn diese nicht im Hotel eingenommen werden. Die Tagung, die den ganzen Tag in Anspruch nahm, wurde mit einem Bankett im Hotel abge- schlossen.

Gemeindepolitik

Vorstandstag des deutschen Städtetages in Mannheim

Der Vorstand des Deutschen Städtetages trat am letzten Samstag unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters Bötz (Berlin) im Rathaus zu Mannheim zu einer Sitzung zusammen und wurde von Oberbürgermeister Dr. Kuyser begrüßt. — Auf der Grundlage von Vorschlägen des Bürgermeisters Dr. Walli (Mannheim) beschloß der Vorstand die Aufstellung eines Entwurfes für ein Reichsmilchgesetz, das den Gemeinden die Möglichkeit verschaffen soll, auch in Zukunft Vorschriften zur Sicherung einer hygienisch einwandfreien Beschaffenheit der Milch zu erlassen. Weiter beschäftigte sich der Vorstand mit der Frage der Zusammenfassung zur Vertretung der Belange des kommenden Fortbewegens. Des weiteren behandelte man die zweckmäßige Ausgestaltung der Anstellungsverhältnisse des städt. Feuerwehersonnals.

Zur Einberufung der ersuchenden sozialen und kulturellen Vorstände in Oberdeutschland soll erneut die Hilfe der Reichsregierung und der Reichs- Staatsregierung angerufen, außerdem aber auch eine umfassende freiwillige Hilfsaktion vonseiten der deutschen Städte eingeleitet werden.

Verbandstag der badischen Gemeindebeamten

Der diesjährige Verbandstag des rund 17 000 Mitglieder zählenden Verbandes der Gemeindebeamten Badens fand am Samstag und Sonntag in Pforzheim statt und war aus allen Landesteilen sehr gut besucht. Die Organisation der ganzen Veranstaltung war eine musterartige und stellt den Beamten selbst und ihrem Verbandsdirektor Weiler von Karlsruhe ein glänzendes Zeugnis aus. Das Hauptinteresse der Tagung nahm die Versammlung der Bürgermeister und der Gemeindebeamten des Landes ein, zu der sich Minister des Innern, Memmele, mehrere Landtagsabgeordnete, der Sozialdemokrat, des Zentrums, des Landbundes und der Demokraten eingefunden hatten. Verbandsdirektor Weiler hielt einen Vortrag über die Gemeindebeamtenbesetzung in der Gesetzgebung der Länder, besonders in Baden. Anschließend wurde der Einspruch der unter Führung der Gemeinde Suchenfeld von 17 Gemeinden des Landesbezirks Pforzheim gegen die angeblich zu hohe Bezahlung der Gemeindebeamten eingeleitete Aktion besprochen, die bekanntlich auch den Landtag beschäftigt hat.

In der Aussprache wurden Auslassungen des Zentrums- abgeordneten Seubert im badischen Landtag angegriffen, worauf Minister Memmele den Abg. Seubert in Schutz nahm und den Gemeindebeamten mögliche Unterstützung ihrer Wünsche zusagte. Auch Abg. Seebacher (Ztr.) nahm Seubert in Schutz, worauf ein Antrag, einen auf den Abg. Seubert bezüglichen Passus aus der Entschließung herauszulassen, einstimmig Annahme fand. In der Entschließung selbst legen die Gemeindebeamten Verwahrung dagegen ein, daß Gemeindevertreter von Suchenfeld unrichtige Behauptungen über die Beamtenbesetzung dem Landtag unterbreitet haben. Der Verband der Gemeindebeamten wird beauftragt, die nötigen Schritte gegen die von Suchenfeld ausgehenden Angriffe zu unternehmen. — In der Sitzung der Fachgruppe der Techniker referierte Magistratsrat Brüggemann über die Tätigkeit der Fachgruppe, Technik und Betrieb im Reichsbund der Kommunalbeamten.

Der ordentliche Verbandstag umfaßte eine umfangreiche Tagesordnung. Den Vorsitz führte Verwaltungsoberinspektor Vöhringer von Karlsruhe. Die Verlesung selbst brachte manches Beachtenswerte, u. a. die Mitgliederliste des Verbandesdirektors Weiler als zweiter Vorsitzender des Landes- kartells badischer Beamtenverbände (Beamtenbund). Auf einstimmiges Ersuchen erklärte Direktor Weiler bis zur nächsten Plenarwahl sein Amt beizubehalten. Aus dem Geschäfts- und Kassenbericht ging hervor, daß der Verband fünf Erholungs- heime besitzt. Der Erwerb eines Kurhauses mit Strandbad am Bodensee wurde begrüßt. Bei der Aussprache zum Geschäftsbericht gelangten zwei Entschließungen zur Annahme, von denen die erste das Beschlagnahmeverbot zum Gegenstand hat. Dabei wird behauptet, daß der badische Finanzminister entgegen dem Willen des Landtags sich für die Verlängerung des Beschlagnahmeverbotes eingesetzt hat; der geschäftsführende Vorstand wird beauftragt, dem Landtag unter Darlegung der Verhältnisse hiervon Kenntnis zu geben. Die zweite Entschließung befaßt sich mit den Angriffen gegen die Gemeindebesetzung.

Am Sonntag vormittag begann dann um 10 Uhr der „Badische Gemeindebeamtenstag“. Minister a. D. Dietrich vorbereitete sich über die Finanzwirtschaft des Reiches, der Länder und Gemeinden unter Inbegriffung des Damessgutachens. Mehrere Landtagsabgeordnete gaben in Ansprachen ihrem Interesse an der Tagung Ausdruck.

Not und Pfandleihe. Die Berliner Wirtschaftsberichte bringen einen Aufsch über die öffentlichen und privaten Leihhäuser in Berlin. Nicht deutlich kommt, so heißt es in dieser Arbeit, die „Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage der breiten Massen“ in dem geringen durchschnittlichen Pfandwerte zum Ausdruck. Während im Jahre 1913 sich der durchschnittliche Leihbetrag für ein Pfand beim staatlichen Leihamt auf 43 M stellte, betrug er 1924 nur 12 M. Beim städtischen Leihamt sank der durchschnittliche Leihbetrag in der gleichen Zeit ebenfalls von 14,30 M auf 7,66 M. Dabei ist die Beleihungsgrenze im Verhältnis zum Leihwerte nicht nennenswert herabgesetzt: vor dem Kriege wurden beim staatlichen Leihamt auf ein Pfand 1/2 des Leihwertes ausgezahlt, während 1924 die Beleihung im allgemeinen zwischen 60 und 65 Proz. des Leihwertes schwankte. In der Hauptsache läßt sich dieser Rückgang nur dadurch erklären, daß heute geringwertigere Gegenstände verpfändet werden als früher, obwohl das allgemeine Warenpreinsniveau nicht unbedeutend höher liegt als vor dem Kriege.

Pianos - Harmoniums

erste Weltmarken, zu günstigen Preisen und Bedingungen

Karl Lang

Kaiserstrasse 167/1
Telefon 1073
Salamander - Schuhhaus

Kleine badische Chronik

Unterwiesheim. Fürsorge für unterernährte Kinder. Man schreibt uns: Die Kreisfürsorge ist gewiß eine dringende Einrichtung zur Hebung der Gesundheit der tuberkulose verdächtigen Kinder. Daß dringend eingeschritten werden muß, um eine gesunde Jugend nachzuziehen, ist selbstverständlich. Manche Arbeiterfrau wird mit Thränen und Sorgen daran denken, wie sie ihre Kinder über die Not hinweg bringen soll. Aber daß Kinder von reichen Bauern und guten Deutschnationalen, wovon die Frau schon zweimal wegen Mißhandlung von Bruchstücken Amtsgericht bestraft worden ist, auch in Erholung fortzukommen sollen, können wir nicht verstehen. Wir meinen, diese Kinder hätten doch zu Hause mehr wie reichlich Gelegenheit, sich zu erholen, haben sie doch keine Nahrungsorgen und sind nicht der Gefahr ausgesetzt, ins Siechtum zu verfallen. Wir erwarten, daß das Fürsorgeamt in Zukunft genau die Fälle prüft, jedoch nicht wirklich Bedürftige auszusuchen Wohlhabender zurückzusetzen werden.

Heidelberg. In Heidelberg-Heidelberg wurde der letzte Arbeiter Heinrich Rittmann erschossen gefunden. In der rechten Hand hielt er noch einen Revolver. Man nimmt an, daß Selbstmord infolge Nervenleiden vorliegt.

Walsdorf i. N. Der Hofwirt Rudolf Niple wurde von dem Chauffeur Hermann Stehle mit dem Motorrad überfahren und schwer verletzt. Stehle hatte sich ein vor einer Wirtschaft stehendes Motorrad wiederrechtlich angeeignet und fuhr damit in rasendem Tempo durch Walsdorf. Er übertraute den Hofwirt Niple, dem die Kleider buchstäblich vom Reibe gerissen wurden. Der Motorradfahrer wurde verhaftet.

Gutach. Ein aus Kröber stammender Uhrmacher, der sich in der letzten Zeit kümmerlich durch kleine Reparaturen ernährte, wurde erhängt aufgefunden. Wichtige Mittellosigkeit dürfte die Ursache zu dem Selbstmord sein.

Freiburg. Von einem Auto überfahren und getötet wurde am Eingang von der Bäckerstraße in die Waldkircherstraße ein 6jähriges Mädchen. Das Kind spielte auf dem Bürgersteig und scheint beim Vorbeifahren des Autos über die Straße gelaufen zu sein, wo es dann von dem Wagen erfasst und getötet wurde.

Singen a. S. Eine außerordentlich lebhafte Bautätigkeit ist hier im Gange. Neben zahlreichen Privatbauten entstehen verschiedene industrielle Neubauten. Der Bau des Gaswerkes ist seit einiger Zeit in Angriff genommen, die Firma Maggi erstellt einen großen Fabrikneubau und der Umbau des Güterbahnhofes geht rüstig vorwärts. Im neuerschlossenen Industriegebiet, zu dem die Anlage eines Verbindungsgleises ebenfalls im Gange ist, dürften in kurzer Zeit verschiedene Neubauten in Angriff genommen werden. Wie man hört, ist die Wiedererrichtung eines neuen Munitionsmagazins für die nächste Zeit zu erwarten. Vor wenigen Tagen ist von dem bekannten Karlsruher Bauingenieur Karl Wagner ein neues Spaltenmodell vorgelegt worden, das die Restauration 2. Klasse des Bahnhofs von Singen schmückt. Das Bild ist in Ausführung und Durchführbarkeit die besten Darstellungen, die der Vergleich je erfahren hat.

Auslandspostkarten. Es wird erneut darauf hingewiesen, daß Postkarten nach dem Auslande (mit Ausnahme der freien Stadt Danzig, Litauen und Memelgebiet, Oesterreich, Tschechoslowakei und Ungarn) das Höchstmaß von 14 auf 9 cm nicht überschreiten dürfen. Größere Postkarten sollen, wenn irgend möglich, den Abenden zur Vervollständigung der Freigebühren zurückgegeben werden.

Reiche Heidebeeren in Elbst. Aus dem Obenwald wird berichtet: Bei einer Wanderung durch den Obenwald kann man ein so reiches Blüten der Heidebeerensträucher feststellen, wie man es nur in Ausnahmefällen findet. Vorausgesetzt, daß die Wälder durch Witterungsverhältnisse keine Schäden mehr erleiden, ist in diesem Jahre mit einer reichen Heidebeere zu rechnen.

Vom Bubenfee. In Singen a. S. erschlug in der Nacht vom Sonntag auf Montag die Fabrikarbeitersehefrau Gold während des Schlafes ihren Mann. Nach den amtlichen Feststellungen scheint es in der Ehe öfter zu Streit gekommen zu sein. Als der Mann abends von einem Nachbarn heimkehrte, scheinen sich Streitereien entwickelt zu haben, doch legten sich beide zu Bett. Während der Mann gleich einschlief, hat die Frau noch eine Stunde geschimpft. Um 11 Uhr holte sie ein Beil und schlug blindlings auf den schlafenden Mann ein. Nur mit dem Hund heilend ging sie zu Hausbesohnern und gestand ihre Tat. Zwei Kinder waren während der Tat in dem Zimmer. Die Sektion des bald darauf verstorbenen Mannes ergab, daß mit dem Beilrücken die Schädelkapsel mehrfach zertrümmert war und daß noch weiter etwa 10-12 Stöße, teils mit der Schneide, ausgeführt waren. Die Frau ist verhaftet. — Die Kreisverwaltung Konstanz erläßt ein Verkaufsverbot für den Verkauf einer landwirtschaftlichen Kreismitteleule in Weiskirch. Die Beulose sollen ohne Einschränkung etwa 120 000 M betragen. Für Preise stehen etwa 2 000 M zur Verfügung. — Die Polizei in Konstanz stellte am ersten März-Sonntag (Wadenmesse) fest, daß ein beschuldigter Straßenbettel an diesem Tage 160 M Almosen einnahm.

Markt und Handel

Schweinemarkt in Weiskirch am 13. Mai. Angefahren wurden: Milchschweine 40, Käufer 44; verkauft wurden: Milchschweine 40, Käufer 36; höchste Preis, Paar Milchschweine 66 M, Käufer 58 M; höchste Preis, Paar Milchschweine 80 M, Käufer 58 M; niedrigster Preis, Paar Milchschweine 66 M, Käufer 70 M.

Marktberichte. Auf dem Karlsruher Viehmarkt am 11. Mai wurden bezahlt: Rinder 1. Ochsen a 56-58, b 54-56, c 50-54, d 48-50, Bullen a 50-52, b 46-50, c 44-46, Rinde und Färsen 58-68, c 54-56, d 46-54, e 32-32, Mäher a nichts, b nichts, c 74-78, d 72-74, e 70-72. 3. Schafe: ohne Handel. 4. Schweine: a nichts, b 62-64, c 64-66, d 62-64, e 60-62. Sauen: 64-68 Mm. Unter dem Großvieh befinden sich 58 Stück aus Oesterreich. Tendenz des Marktes: mit Großvieh langsam, nicht geräumt; mit Schweinen und Mäher mittelmäßig, geräumt. — Auf dem Forstheimer Schlachtwiehmärkte am 11. Mai war der Marktverlauf bei Großvieh mittelmäßig, bei Schweinen lebhaft. Preise für ein Pfund Lebendgewicht: Ochsen I. 56-60, Rinder I. 58-62, Ochsen und Rinder II. 48-58, Rinde 28-36, Färsen ältere schwere 44-48, Jungfärsen 49-52, Schweine I. 67-69, II. 68-66. — Auf dem Schweinemarkt in Weiskirch kostete das Paar Käufer 110-125 M und das Paar Ferkel 50 bis 75. Der Handel war lebhaft.

Altgauer Butter- und Käsepreise vom 13. Mai. Butter I. 1.65, II. 1.45-1.55, Weichkäse unverändert. Altgauer Rundkäse 45 Preis, Fettgehalt 1.10-1.34.

Zünftler badischer Gautag des Zentralverbandes der Angestellten

Am Samstag, 9., und Sonntag, 10. Mai, fand in Singen a. S. der 5. Gautag des Z.N.V. statt. An verschiedenen Stellen der Stadt wurde zu Ehren der Tagung gefeiert. Am Samstag nachmittags 3 Uhr eröffnete Gauleiter Schneider-Karlruhe die Tagung mit herzlichem Begrüßungswort. Es folgte die Wahl des Vizes, der sich die Begrüßung ansprachen, ferner des Vizepräsidenten, des Ortsvereins Singen, sowie anderer Gauen und unterstrich in seinem Dank die Zusammengehörigkeit aller Schaffenden.

Dem Geschäftsbereich des Gauleiters Schneider sei u. a. folgendes entnommen: Es bedauerte im Berichtsjahr eines außerordentlichen Aufwandes von Energie und Arbeitskraft, um das gewerkschaftliche Zentrum mehr zu organisieren, das die Funktionen der Zentralorganisation haben es vorzüglich verstanden, die finanzielle Notlage der Angestellten auszugleichen und rüchsiglos die alten, vorzüglichen Vorrechte zurückzuführen. Sie verstanden es, die Angestellten zu ermutigen und von ihrer Organisation wegzureißen. Wer sich die ungeheuren finanziellen Mittel und den sonstigen Weltaufwand des Unternehmertums vergegenwärtigt, muß seine Bewunderung ausdrücken über den Kampfwillen und die Kampfkraft, die den Gewerkschaften erhalten blieb und ungebrochen und unbeeinträchtigt auch in unserer jungen Angestelltenorganisation steht. Alle bisher angewendeten Mittel — und frupplos war deren Auswahl und Anwendung — vermochten nicht die freien Gewerkschaften zu zerlegen. Im Gegenteil, innerlich gefestigter als vor Jahresfrist steht auch heute unsere Organisation in Kampfbereitschaft, um für das wirtschaftliche, sozialpolitische und kulturelle Wohl der Angestellten einzutreten. Nur mit Hilfe der kleinen Zahl treuer und zuverlässiger Mitarbeiter sei es möglich gewesen, die Ergebnisse der Mitgliederbewegung als verhältnismäßig günstig bezeichnen zu können. Am 1. April 1924 betrug die Zahl der buchnäßig geführten Mitglieder 10 943. Darin waren noch alle aus der Justizzeit herübergeführten Namen enthalten. Diese Zahl verringerte sich durch rüchsiglose Austritte nichtgehörender sog. Mitglieder im 2. Quartal 1924 auf 9700 (4880 männl., 4820 weibl.) Mitglieder. Ende September waren es 9248 (4690 und 4558) und am 1. Januar 1925 9008 (4601 und 4407). Die Zahlen vom 21. März liegen infolge der Saumlösung von 10 Ortsgruppen, die am 1. Mai noch nicht abgerechnet hatten, noch nicht fest. Die eingegangenen Meldungen erwiesen aber, daß eine irgendwie neuermessene Veränderung im Mitgliederstand nicht zu verzeichnen ist, ja daß einige Ortsgruppen von einer Erhöhung ihrer Mitgliederzahl zu berichten vermögen. Der Zeitpunkt ist überschritten und eine Antirüchsigbewegung hat überall dort Platz gegriffen, wo die Säuberung von den Nichtgehörenden durchgeführt wurde. Die innere Organisation des Gaus hat wesentliche Veränderungen nicht erfahren. Eine Umstellung des mittelfränkischen Bezirks wird insofern eintreten, als Unterbaden eines Bezirksleiters erhält. Ortsrat bezieht der Gau Baden 31 Ortsgruppen gegenüber 34 Ortsgruppen am 1. April 1924. Im ganzen sind im Gau 23 beamtete Kräfte tätig. Bei der Werbentätigkeit mußte allerdings Wert auf die Hilfe der Presse gelegt werden. Große Beachtung mußte auch den Behältnissen und jugendlichen Angehörigen zugewandt werden. Zur Zeit bezieht der Gau 1 288 Jugendliche, davon 570 männliche und 718 weibliche, die sich auf 12 Jugendgruppen verteilen. Der Bericht macht dann auf die Frage des Verlustes der Sonntagsschule aufmerksam, die groß und beunruhigend sei, als die meisten Kollegen apass. Bei den Tarifverhandlungen mühen oft die schwersten Kämpfe bestanden werden um Kleinigkeiten. Insgesamt wurden in Baden abgeschlossen 40 Tarife. Große Wirtschaftskämpfe waren im Berichtsjahr nicht zu verzeichnen. Die Jugendabteilungen haben im letzten Jahr gut gearbeitet. Der Jugendgewinnung und Jugendbewegung mußte das größte Interesse entgegengebracht werden. Die ehrenamtliche Beurlaubung erlebte ihre Geschehnisse in 4 Sitzungen. Im Berichtsjahr fanden statt: 2 gemeinsame Gau-, Bezirksleiter und Geschäftsführer-Konferenzen, 1 Bezirksleiterkonferenz und 2 Bezirksleiterkonferenzen. Außerdem fand die Konferenz der Gau-, Bezirksleiter und Geschäftsführer der Baden-Ortsgruppen der gleichen Gruppe, eine südbadische Tagung der Berufsvereinigungen und eine südwestdeutsche Tagung der Berufsvereinigungen und eine südwestdeutsche Tagung der Berufsvereinigungen. Der Gauleiter nahm persönlich 88 Mitglieder, 6 öffentliche Versammlungen wahr. Desgleichen 34 Tarifverhandlungen, 15 Beratungen vor dem Schlichtungsausschuß oder ordentlichen Gericht und 48 Sitzungen bei Verhandlungen sowie Konferenzen. Im schriftlichen Verkehr waren an Eingängen zu verzeichnen insgesamt 6 316, durchschnittlich täglich 21 Sachen. Vom Gaubüro gingen hinaus 6 374 oder durchschnittlich 21 pro Tag. Mit einem herzlichen Dank für treue Mitarbeit und einem begeisterten Appell zu fernerer Mitarbeit an die Mitglieder des Z. N. V. schloß der Bericht, für den dem Gauleiter mit Recht herzlicher Beifall dankte.

Der Bericht wurde nun zur Aussprache gestellt, ebenso eine Reihe von Entschlüssen, die an den Reichstag, an das Reichsarbeitsministerium, badisches Ministerium des Innern, sowie an das badische Justizministerium weitergeleitet werden. In einer Entschlußnahme wendet sich der Gautag gegen die Bestimmungen, die die Angestellten nachteilig wählende Weisung in einer für die Angestellten nachteilig wählende Weisung zu durchbrechen. Es wird die vollständige Sonntagsschule verlangt. In einer anderen Entschlußnahme wird die alsbaldige Verlegung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes verlangt und erwidert, daß die Reichsregierung den Fragen des Unternehmertums über angeblich zu große sozialpolitische Belastung nicht statt gibt und daß dieses Gesetz auf alle Angestellten ausgedehnt wird. In der dritten Entschlußnahme, hält der Gautag die Einleitung des Volkswirtschafts über den Nachmittags für absolut notwendig und ersucht die gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen, die Vorbereitungen sofort in die Hand zu nehmen. Eine weitere Entschlußnahme befaßt sich mit den Wünschen im Lehrlingswesen. Die badische Regierung wird aufgefordert, bei der Reichsregierung die baldige Einführung des Berufsausbildungsgesetzes zu verlangen. An das Reichswirtschaftsministerium ergab die Forderung, das Berufsausbildungsgesetz endlich zur Vorlage zu bringen.

An der nun folgenden

Aussprache

beteiligten sich die Kollegen Gutmann-Singen, Böhm-Mannheim, Dr. Kraus-Mannheim, Kuby-Neufach, Senf-Mannheim, Roth-Konstanz, Urban-Verlin und Müllert-Karlruhe. Es wurden die verschiedensten Verbandesfragen behandelt, die im 3. B. Beitragshöhe, die Beibehaltung der Geschäftsstelle Singen, die Sonntagsschule usw. Kollege Dr. Kraus befohle sich insbesondere mit der Tarifpolitik und betonte, daß das Schlichtungs-„Leistungsamt“ lediglich zu dem Zweck gebraucht werden sei, die Tarife überhaupt zu befestigen. Das schmerzte die Tarife, daß der D.V. in Mannheim freiwillig Tarifpositionen aufzugeben bereit gewesen sei.

Im Schlußwort ging der Gauleiter auf verschiedene Ausführungen der Debatte ein und schloß mit einem Gebot auf intensive Arbeit für und an der Organisation. Die Entschlüsse fanden familiäre einstimmige Annahme, worauf um 7 Uhr die Tagung abgeschlossen wurde.

Am Abend veranstaltete die Ortsgruppe Singen einen recht netten Festabend, der einen ausgezeichneten Verlauf nahm.

Am zweiten Tage, dem Sonntag begrüßte Kollege Gauleiter Schneider die Vertreter der Stadt und der Regierung und teilte ein Entschlußschreiben des Gen. Dr. Engler mit, der am Erscheinen verhindert war. Es folgten sodann die Begrüßungswörter von Bürgermeister Dr. Kaufmann-Singen und Regierungsrat Dr. Mayer-Konstanz. Der Vorsitzende sprach hierauf dem aus dem Dienste des Verbandes ausscheidenden Kollegen Dr. Kraus warme Worte der Anerkennung und des Dankes für seine Tätigkeit. Er überreichte ihm unter lebhaftem Beifall des Gautages einen Ehrenkranz.

Kollege Dr. Kraus dankte bewegt für die Ehrung als er das Wort zu seinem Vortrag erhielt und ging dann gleich dazu über, ein gut durchdachtes Referat über

„Schlichtungswesen und Arbeitsgerichte“

zu erstatten. Er zeigte, wie sich geschichtlich das Schlichtungswesen entwickelt hat und auf welchen gesetzlichen Bestimmungen es zu st. beruht. Aus verschiedenen Artikeln der Reichsregierung geht hervor, daß die deutsche Republik auch eine soziale Republik sein wolle. Einige Gesetze seien aufgrund dieser Artikel auch schon durchgeführt, aber die Hauptlücke, ein einheitliches Arbeitsrecht, müsse erst noch geschaffen werden. Der Referent legt die Grundzüge des Schlichtungswesens dar und ist Kritik an den schweren Mängeln, die dem Verfahren nach anhaften. In derlei Weise behandelt er die Arbeitsgerichte, die vielfach durch bürokratischen Formalismus und Jurisprudenz auf ihrer Wirksamkeit behindert sind. Immer deutlicher und eindringlicher dränge sich die Forderung nach einem einheitlichen Arbeitsrecht in den Vordergrund, das die gegenwärtigen Arbeitsfreiheiten mit der Begründung des aller bürgerlichen Arbeitsrechts einfach nicht gelöst werden können. Je mehr sich die Angestellten und Arbeiter in die Materie einarbeiten, desto eher wird die Fortbildung des Arbeitsrechts gelingen. Mit einem Appell an die Funktionäre des Verbandes, in dieser Hinsicht nichts zu veräumen, schloß Dr. Kraus unter lebhaftem Beifall seine vorzüglichen Ausführungen.

Die Monatsprüfungskommission berichtet, daß 30 Defektierte am Ende und 6 Ortsgruppen nicht vertreten sind.

Bezüglich der Zusammenfassung und der Wahl der Gauleitung werden Änderungen nicht beschlossen.

Landtagsabg. Müllert-Karlruhe hielt sodann einen inaktiven Vortrag über:

Die neue Steuererhebung und die Angestellten

Auch dieser Referent verstand es, seine Zuhörer bis zum letzten Augenblick zu fesseln. Nach kurzer geschichtlicher Einleitung legte er den Sinn der Gesetzgeberischen Finanzreform dar, die in ihren Grundzügen erhalten bleiben muß. Ein großer Nachteil sei aber die mangelnde Beweglichkeit der Gemeinden. In dieser Beziehung müsse eine Änderung erfolgen. Der Referent stellte dann das gegenwärtige Steuerwesen dar und bezüglich der Steuerbelastung der Lohn- und Gehaltsempfänger mit der der bestehenden Schichten der Bevölkerung. Der Lohnsteuerertrag ergebe 13 Milliarden, während die Einkommen der Besitzenden nur mit 0,8 Milliarden belastet sind. Trotz dieses Mißverhältnisses bringen die neuen Steuererlagen der Reichsregierung eine noch weitere Entlastung des Volkes — aber die Belastung der ärmsten Schichten der Bevölkerung wird zusehends vergrößert. So werde z. B. ein zum Leben unzureichendes Einkommen von 900 M in Baden, das vor dem Krieges mit 11 M besteuert wurde, jetzt mit 21 M belastet. Dazu komme noch die Belastung durch die Umsatzsteuer die zum größten Teil von den Massen der ärmsten Konsumenten getragen werde. Referent schätzte, daß die Lohnsteuerpflichtigen mindestens mit 100 Prozent des Lohnsteuerbetrages an der Umsatzsteuer beteiligt sind und daß sie auch noch Dreiteil der Wohnsteuer aufbringen müssen. Die Wohnsteuer sei die sozial ungerechteste Steuer, weil ihr Ertrag nur zum geringsten Teil (25 Prozent) für den Wohnungsbau Verwendung finden. Das gegenwärtige Steuerwesen mit ihren weitgehenden Entlastungen der Besitzenden überhaupt nicht möglich waren, sei nur der Stumpfheit und Gleichgültigkeit der Angestellten und Arbeiterhaft zu danken — ebenfalls wäre kein Reichstag zustande gekommen, der sich eine Reichsregierung, die einem Ausbruch der Großkapitalisten und Großgrundbesitzer gleiche, leisten konnte. Erst wenn die arbeitende Bevölkerung erkenne, daß Steuerfragen Lebensfragen sind, werde ein sozial und wirtschaftlich gerechtes Steuerrecht durchgesetzt werden können.

Dem Vortragenden wurde lebhafter Beifall gesendet.

Der Vorsitzende schloß den Gautag mit Dankworten an die Referenten, die Delegierten und die Gäste und gab der Hoffnung Ausdruck, daß die gegebenen Anregungen zum Wohle der Angestellten praktisch ausgenutzt werden mögen.

wurden die verschiedensten Verbandesfragen behandelt, die im 3. B. Beitragshöhe, die Beibehaltung der Geschäftsstelle Singen, die Sonntagsschule usw. Kollege Dr. Kraus befohle sich insbesondere mit der Tarifpolitik und betonte, daß das Schlichtungs-„Leistungsamt“ lediglich zu dem Zweck gebraucht werden sei, die Tarife überhaupt zu befestigen. Das schmerzte die Tarife, daß der D.V. in Mannheim freiwillig Tarifpositionen aufzugeben bereit gewesen sei.

Im Schlußwort ging der Gauleiter auf verschiedene Ausführungen der Debatte ein und schloß mit einem Gebot auf intensive Arbeit für und an der Organisation. Die Entschlüsse fanden familiäre einstimmige Annahme, worauf um 7 Uhr die Tagung abgeschlossen wurde.

Am Abend veranstaltete die Ortsgruppe Singen einen recht netten Festabend, der einen ausgezeichneten Verlauf nahm.

Am zweiten Tage, dem Sonntag begrüßte Kollege Gauleiter Schneider die Vertreter der Stadt und der Regierung und teilte ein Entschlußschreiben des Gen. Dr. Engler mit, der am Erscheinen verhindert war. Es folgten sodann die Begrüßungswörter von Bürgermeister Dr. Kaufmann-Singen und Regierungsrat Dr. Mayer-Konstanz. Der Vorsitzende sprach hierauf dem aus dem Dienste des Verbandes ausscheidenden Kollegen Dr. Kraus warme Worte der Anerkennung und des Dankes für seine Tätigkeit. Er überreichte ihm unter lebhaftem Beifall des Gautages einen Ehrenkranz.

Kollege Dr. Kraus dankte bewegt für die Ehrung als er das Wort zu seinem Vortrag erhielt und ging dann gleich dazu über, ein gut durchdachtes Referat über

„Schlichtungswesen und Arbeitsgerichte“

zu erstatten. Er zeigte, wie sich geschichtlich das Schlichtungswesen entwickelt hat und auf welchen gesetzlichen Bestimmungen es zu st. beruht. Aus verschiedenen Artikeln der Reichsregierung geht hervor, daß die deutsche Republik auch eine soziale Republik sein wolle. Einige Gesetze seien aufgrund dieser Artikel auch schon durchgeführt, aber die Hauptlücke, ein einheitliches Arbeitsrecht, müsse erst noch geschaffen werden. Der Referent legt die Grundzüge des Schlichtungswesens dar und ist Kritik an den schweren Mängeln, die dem Verfahren nach anhaften. In derlei Weise behandelt er die Arbeitsgerichte, die vielfach durch bürokratischen Formalismus und Jurisprudenz auf ihrer Wirksamkeit behindert sind. Immer deutlicher und eindringlicher dränge sich die Forderung nach einem einheitlichen Arbeitsrecht in den Vordergrund, das die gegenwärtigen Arbeitsfreiheiten mit der Begründung des aller bürgerlichen Arbeitsrechts einfach nicht gelöst werden können. Je mehr sich die Angestellten und Arbeiter in die Materie einarbeiten, desto eher wird die Fortbildung des Arbeitsrechts gelingen. Mit einem Appell an die Funktionäre des Verbandes, in dieser Hinsicht nichts zu veräumen, schloß Dr. Kraus unter lebhaftem Beifall seine vorzüglichen Ausführungen.

Die Monatsprüfungskommission berichtet, daß 30 Defektierte am Ende und 6 Ortsgruppen nicht vertreten sind.

Bezüglich der Zusammenfassung und der Wahl der Gauleitung werden Änderungen nicht beschlossen.

Landtagsabg. Müllert-Karlruhe hielt sodann einen inaktiven Vortrag über:

Die neue Steuererhebung und die Angestellten

Auch dieser Referent verstand es, seine Zuhörer bis zum letzten Augenblick zu fesseln. Nach kurzer geschichtlicher Einleitung legte er den Sinn der Gesetzgeberischen Finanzreform dar, die in ihren Grundzügen erhalten bleiben muß. Ein großer Nachteil sei aber die mangelnde Beweglichkeit der Gemeinden. In dieser Beziehung müsse eine Änderung erfolgen. Der Referent stellte dann das gegenwärtige Steuerwesen dar und bezüglich der Steuerbelastung der Lohn- und Gehaltsempfänger mit der der bestehenden Schichten der Bevölkerung. Der Lohnsteuerertrag ergebe 13 Milliarden, während die Einkommen der Besitzenden nur mit 0,8 Milliarden belastet sind. Trotz dieses Mißverhältnisses bringen die neuen Steuererlagen der Reichsregierung eine noch weitere Entlastung des Volkes — aber die Belastung der ärmsten Schichten der Bevölkerung wird zusehends vergrößert. So werde z. B. ein zum Leben unzureichendes Einkommen von 900 M in Baden, das vor dem Krieges mit 11 M besteuert wurde, jetzt mit 21 M belastet. Dazu komme noch die Belastung durch die Umsatzsteuer die zum größten Teil von den Massen der ärmsten Konsumenten getragen werde. Referent schätzte, daß die Lohnsteuerpflichtigen mindestens mit 100 Prozent des Lohnsteuerbetrages an der Umsatzsteuer beteiligt sind und daß sie auch noch Dreiteil der Wohnsteuer aufbringen müssen. Die Wohnsteuer sei die sozial ungerechteste Steuer, weil ihr Ertrag nur zum geringsten Teil (25 Prozent) für den Wohnungsbau Verwendung finden. Das gegenwärtige Steuerwesen mit ihren weitgehenden Entlastungen der Besitzenden überhaupt nicht möglich waren, sei nur der Stumpfheit und Gleichgültigkeit der Angestellten und Arbeiterhaft zu danken — ebenfalls wäre kein Reichstag zustande gekommen, der sich eine Reichsregierung, die einem Ausbruch der Großkapitalisten und Großgrundbesitzer gleiche, leisten konnte. Erst wenn die arbeitende Bevölkerung erkenne, daß Steuerfragen Lebensfragen sind, werde ein sozial und wirtschaftlich gerechtes Steuerrecht durchgesetzt werden können.

Dem Vortragenden wurde lebhafter Beifall gesendet.

Der Vorsitzende schloß den Gautag mit Dankworten an die Referenten, die Delegierten und die Gäste und gab der Hoffnung Ausdruck, daß die gegebenen Anregungen zum Wohle der Angestellten praktisch ausgenutzt werden mögen.

„Schlichtungswesen und Arbeitsgerichte“

zu erstatten. Er zeigte, wie sich geschichtlich das Schlichtungswesen entwickelt hat und auf welchen gesetzlichen Bestimmungen es zu st. beruht. Aus verschiedenen Artikeln der Reichsregierung geht hervor, daß die deutsche Republik auch eine soziale Republik sein wolle. Einige Gesetze seien aufgrund dieser Artikel auch schon durchgeführt, aber die Hauptlücke, ein einheitliches Arbeitsrecht, müsse erst noch geschaffen werden. Der Referent legt die Grundzüge des Schlichtungswesens dar und ist Kritik an den schweren Mängeln, die dem Verfahren nach anhaften. In derlei Weise behandelt er die Arbeitsgerichte, die vielfach durch bürokratischen Formalismus und Jurisprudenz auf ihrer Wirksamkeit behindert sind. Immer deutlicher und eindringlicher dränge sich die Forderung nach einem einheitlichen Arbeitsrecht in den Vordergrund, das die gegenwärtigen Arbeitsfreiheiten mit der Begründung des aller bürgerlichen Arbeitsrechts einfach nicht gelöst werden können. Je mehr sich die Angestellten und Arbeiter in die Materie einarbeiten, desto eher wird die Fortbildung des Arbeitsrechts gelingen. Mit einem Appell an die Funktionäre des Verbandes, in dieser Hinsicht nichts zu veräumen, schloß Dr. Kraus unter lebhaftem Beifall seine vorzüglichen Ausführungen.

Die Monatsprüfungskommission berichtet, daß 30 Defektierte am Ende und 6 Ortsgruppen nicht vertreten sind.

Bezüglich der Zusammenfassung und der Wahl der Gauleitung werden Änderungen nicht beschlossen.

Landtagsabg. Müllert-Karlruhe hielt sodann einen inaktiven Vortrag über:

Die neue Steuererhebung und die Angestellten

Auch dieser Referent verstand es, seine Zuhörer bis zum letzten Augenblick zu fesseln. Nach kurzer geschichtlicher Einleitung legte er den Sinn der Gesetzgeberischen Finanzreform dar, die in ihren Grundzügen erhalten bleiben muß. Ein großer Nachteil sei aber die mangelnde Beweglichkeit der Gemeinden. In dieser Beziehung müsse eine Änderung erfolgen. Der Referent stellte dann das gegenwärtige Steuerwesen dar und bezüglich der Steuerbelastung der Lohn- und Gehaltsempfänger mit der der bestehenden Schichten der Bevölkerung. Der Lohnsteuerertrag ergebe 13 Milliarden, während die Einkommen der Besitzenden nur mit 0,8 Milliarden belastet sind. Trotz dieses Mißverhältnisses bringen die neuen Steuererlagen der Reichsregierung eine noch weitere Entlastung des Volkes — aber die Belastung der ärmsten Schichten der Bevölkerung wird zusehends vergrößert. So werde z. B. ein zum Leben unzureichendes Einkommen von 900 M in Baden, das vor dem Krieges mit 11 M besteuert wurde, jetzt mit 21 M belastet. Dazu komme noch die Belastung durch die Umsatzsteuer die zum größten Teil von den Massen der ärmsten Konsumenten getragen werde. Referent schätzte, daß die Lohnsteuerpflichtigen mindestens mit 100 Prozent des Lohnsteuerbetrages an der Umsatzsteuer beteiligt sind und daß sie auch noch Dreiteil der Wohnsteuer aufbringen müssen. Die Wohnsteuer sei die sozial ungerechteste Steuer, weil ihr Ertrag nur zum geringsten Teil (25 Prozent) für den Wohnungsbau Verwendung finden. Das gegenwärtige Steuerwesen mit ihren weitgehenden Entlastungen der Besitzenden überhaupt nicht möglich waren, sei nur der Stumpfheit und Gleichgültigkeit der Angestellten und Arbeiterhaft zu danken — ebenfalls wäre kein Reichstag zustande gekommen, der sich eine Reichsregierung, die einem Ausbruch der Großkapitalisten und Großgrundbesitzer gleiche, leisten konnte. Erst wenn die arbeitende Bevölkerung erkenne, daß Steuerfragen Lebensfragen sind, werde ein sozial und wirtschaftlich gerechtes Steuerrecht durchgesetzt werden können.

Dem Vortragenden wurde lebhafter Beifall gesendet.

Der Vorsitzende schloß den Gautag mit Dankworten an die Referenten, die Delegierten und die Gäste und gab der Hoffnung Ausdruck, daß die gegebenen Anregungen zum Wohle der Angestellten praktisch ausgenutzt werden mögen.

„Schlichtungswesen und Arbeitsgerichte“

zu erstatten. Er zeigte, wie sich geschichtlich das Schlichtungswesen entwickelt hat und auf welchen gesetzlichen Bestimmungen es zu st. beruht. Aus verschiedenen Artikeln der Reichsregierung geht hervor, daß die deutsche Republik auch eine soziale Republik sein wolle. Einige Gesetze seien aufgrund dieser Artikel auch schon durchgeführt, aber die Hauptlücke, ein einheitliches Arbeitsrecht, müsse erst noch geschaffen werden. Der Referent legt die Grundzüge des Schlichtungswesens dar und ist Kritik an den schweren Mängeln, die dem Verfahren nach anhaften. In derlei Weise behandelt er die Arbeitsgerichte, die vielfach durch bürokratischen Formalismus und Jurisprudenz auf ihrer Wirksamkeit behindert sind. Immer deutlicher und eindringlicher dränge sich die Forderung nach einem einheitlichen Arbeitsrecht in den Vordergrund, das die gegenwärtigen Arbeitsfreiheiten mit der Begründung des aller bürgerlichen Arbeitsrechts einfach nicht gelöst werden können. Je mehr sich die Angestellten und Arbeiter in die Materie einarbeiten, desto eher wird die Fortbildung des Arbeitsrechts gelingen. Mit einem Appell an die Funktionäre des Verbandes, in dieser Hinsicht nichts zu veräumen, schloß Dr. Kraus unter lebhaftem Beifall seine vorzüglichen Ausführungen.

Die Monatsprüfungskommission berichtet, daß 30 Defektierte am Ende und 6 Ortsgruppen nicht vertreten sind.

Bezüglich der Zusammenfassung und der Wahl der Gauleitung werden Änderungen nicht beschlossen.

Landtagsabg. Müllert-Karlruhe hielt sodann einen inaktiven Vortrag über:

Die neue Steuererhebung und die Angestellten

Kivak Bohnerwachs
Das anerkannte Mittel für hygienische Fußboden- und Möbelpflege.
Qualitätsverzeugnis der Erdalkalisch.
Zu haben in den einschlägigen Geschäften.

Kluge Hausfrauen braten, backen, kochen mit **Sensola** der reinen **100% Fett Palmkernbutter** das 1/2 Pfd. 40 Pfd.

Aus den Vororten

Rüppert. Auf die heute abend im „Zähringer Löwen“ stattfindende Versammlung der Partei sei hiermit nochmals verwiesen. Genosse Schlägerer spricht über „Entstehung und Entwicklung der Sozialversicherung“. Also auf in die Versammlung. — Vorher Bücherausgabe.

Valuta

nach dem Berliner Kurs vom 13. Mai. Belgien: 21.185 M per 100 Belg. Fr. Holland 168.69 M per 100 fl. Spanien 60.45 M per 100 Pes. Schweiz 81.185 M per 100 Schw. Fr. Italien 17.23 M per 100 Lire. England 20.35 M per 1 Pf. Sterl. Schweden 112.16 M per 100 Kronen. Frankreich 21.83 M per 100 frs. Fr. Oesterreich 59.055 M per 100 Schilling. Neuhort 4.195 M per 1 Dollar. Stovatei 12.43 M per 100 Kronen.

Vorläufige Wettervorhersage der Badischen Landeswetterwarte

für Freitag, den 15. Mai: Fortdauer der bestehenden Witterung. Wasserstand des Rheins: Schutterinsel 176, gef. 16; Rehl 300, gef. 12; Ragau 470, gef. 4; Mannheim 375, gef. 32 Zentimeter.

Kleine Nachrichten

Berlin. Im neuen Wesseler Hafen schlug ein mit 2 jungen Leuten besetztes Boot um, als sie die Ränge wecheln wollten. Trotz sofort unternommener Rettungsversuche ertranken beide. Berlin. Ein schwerer Zusammenstoß zwischen einem Feuerwehrauto und einem Omnibus ereignete sich in der letzten Nacht an der Ecke der Königs- und der Klosterstraße. Durch den Zusammenstoß wurden etwa 20 Passagen des Omnibus mehr oder weniger schwer verletzt. Die Verunglückten wurden teils nach den nächsten Rettungswachen, teils nach Krankenhäusern gebracht. Berlin. Die „Germania“ teilt mit, daß der Gefängnisarzt Medizinalrat Dr. Thiele, dem die Behandlung des früheren Reichspostministers Dr. Höpfe während seiner Untersuchungshaft oblag, einweilen beurlaubt worden ist. Breslau. Nach einer Mitteilung der Schiefischen Zeitung dürfte auf dem Gaudener Flugplatz bei einem Probeflug mit einem neuen Flugzeug der Gesellschaft v. d. Rarow ab. Der Piloter war sofort tot.

Kabinettsbildung in Belgien

Brüssel, 13. Mai. Um 10 Uhr besaß sich van de Broere in den Kabinetts, um dem König mitzuteilen, daß er das Ministerium gebildet habe. Entgegen der bisherigen Annahme werden die Portfeuille des auswärtigen, Kunst und Wissenschaften und Eisenbahnen nicht beletzt. Diese drei Ressorts werden von den im Amt befindlichen Ministern verwaltet. Ministerpräsident van de Broere übernimmt auch die Finanzen. Das Justizministerium wird mit dem ehemaligen Vorsitzenden des Rechtsanwaltsverbandes und Abgeordneten Theodor, das Ministerium für die nationale Verteidigung mit General Selsbant besetzt werden. Die übrigen Portfeuille bleiben in den Händen ihrer bisherigen Inhaber.

Selbstmord Sawintow

Berlin, 14. Mai. (Eig. Funddienst.) Die Sowjetregierung läßt jetzt mitteilen, daß der ehemalige Sozialrevolutionär Boris Sawintow Selbstmord begangen hat. Er stürzte sich im Moskauer Gefängnis vom Fenster des 5. Stockwerkes in die Tiefe und war sofort tot. Sawintow wurde bekanntlich schon vor längerer Zeit vom Volkstribunal zum Tode verurteilt. Er legte gegen dieses Urteil Revision ein und trat gleichzeitig zu den Sowjets über in der Annahme dadurch die Haltung des Gerichtes beeinflussen zu können. Aber auch das half nichts. Obwohl man ihm im Stillen eine gewisse Garantie für die Aufhebung des Todesurteils gegeben hatte, falls er den Sozialrevolutionären den Rücken kehren und zu den Sowjets übertreten würde. Sawintow hat seine Bestimmung verfehlt ohne Erfolg zu haben, während die Sowjet-Verbrechen nicht eingestrichelt, aber mit dem Uebertritt des ehemaligen Sozialrevolutionärs monatlang eine umfangreiche Propaganda betrieben haben.

Die Ursache des Todesurteils lag in der Agitation Sawintows gegen das System. Er lebte lange Zeit in Warschau und Paris und wurde nur durch Zufall bei dem Uebertritt der polnisch-russischen Grenze von den Grenzbehörden verhaftet und nach Moskau transportiert. Er soll angeblich auch an der Ermordung des früheren deutschen Gesandten in Rußland, Graf Mirbach, beteiligt gewesen sein.

Saffentlassung Julius Barmat

Berlin, 13. Mai. Der dritte Strafsenat des Kammergerichts hat heute beschlossen, daß Julius Barmat gegen eine

Ration von 200 000 M aus der Untersuchungshaft zu entlassen ist. Henry Barmat bleibt bis auf weiteres als Untersuchungsgefangener in der Charité.

Deutsch-schweizerische Verhandlungen

Baden-Baden, 13. Mai. Bei den deutsch-schweizerischen Wirtschaftsverhandlungen in Baden-Baden ist eine Vereinbarung über den weiteren Abau der beiderseitigen Einfuhrbeschränkungen erzielt worden. Die Erleichterungen beziehen sich in erster Linie auf die Erhöhung der beiderseitigen Einfuhrkontingente. Ferner ist von den Kontingentlisten eine Reihe von Warengruppen gestrichen worden. Außerdem wurde vereinbart, daß verschiedene bisher übliche Voraussetzungen für die Bewilligung von Einfuhrgesuchen künftig in Wegfall kommen sollen. Der Wortlaut des Abkommens und die neuen Kontingentlisten werden nach vorbehaltener Genehmigung durch die beiden Regierungen bekannt gegeben werden. Voraussichtlich wird das Abkommen Anfangs Juni ds. Js. in Kraft treten.

Urteil wegen Hochverrats und Sprengstoffverbrechens

Vor dem süddeutschen Senat des Staatsgerichtshofes zum Schutze der Republik hatten sich wegen Vorbereitung zum Hochverrat und Sprengstoffverbrechens der Dreher Richard Weidle aus Freudenstadt und 4 Genossen zu verantworten. Im Winter 1923/24 haben die Angeklagten gemeinschaftlich Sprengstoffe gestohlen und größere Mengen Handgranaten hergestellt, die bei einem kommunistischen Aufstand Verwendung finden sollten. Bei Weidle wurden eine Anzahl Handgranaten und Funder sowie weiteres Material zur Herstellung von Handgranaten gefunden. Der Angeklagte Weidle beteiligte sich am Diebstahl eines Maschinengewehrs, das auf dem Bahnhof Freudenstadt verladen war. Das Urteil lautete gegen Richard Weidle auf 3 Jahre Gefängnis und 200 Mark Geldstrafe, gegen Schüttenhelm auf 1 Jahr Gefängnis und 100 Mark Geldstrafe, gegen Speiser, Reinhard und Weidle auf je 6 Monate Gefängnis und 100 Mark Geldstrafe.

Eröffnung des Rätekongresses

Moskau, 13. Mai. Heute wurde der Dritte Rätekongress eröffnet, an dem 2215 Delegierte teilnehmen. Das Präsidium besteht aus 75 Mitgliedern, darunter Kollin, Kamenev, Stalin, Molotow, Sinowjew, Wolow, Trotski, Tomski, Kruski, Kalibyschen sowie Vertretern der einzelnen Republiken. Das Präsidium wurde vom Kongress mit großem Beifall begrüßt.

Bevor

Table with 2 columns: Item name and Price. Includes Herren-Anzüge, Sport-Anzüge, Herren-Mäntel, Gummi-Mäntel, Herren-Hosen, Sport-Hosen, Waschjoppen, Lüster-Sakkos, Leder-Sport-Joppen, Windjacket, Flanel-Hosen, Knaben-Wasch-Anzüge, Knaben-Wasch-Blusen.

Karlsruhe (Südstadt) NUP Werderplatz 25

WANZEN

samt Brut, sowie anderes Ungeziefer läßt man am besten und billigsten durch d. V. G. U. Anton Springer Ettlingerstr. 51 Telefon 2340 vertilgen. Zimmer von Mk. 5.- an

Wer unreines Blut hat? Schilvesteropfung, Hämorrhoiden, schlechtes Verdauen, Blutandrang nach d. Kopfe, Kopfschmerz, trinke Dr. Bullébs ochten Emulgator, Drogerie J. Lösch, Herrenstr. 33, H. Reichard, Engel, Drogerie, Werderpl. 44, Philipp Menges, Drogerie.

Extra-Angebot!

- Damenkleiderstoffe kariert u. gestr. 1.50
Frotte neueste Dessins, per Meter Mk. 2.50 2.-
Hemdentuch weiß, 80 cm breit, per Meter Mk. .90
Louisianatuch für elegante Damenwäsche per Meter Mk. 1.55
Bettdamaste weiß, 130 cm breit, schwere kräftige Ware per Meter Mk. 2.20
Halbleinen 150 cm breit, weiß, für Betttücher, schwere, kräftige Ware, per Meter Mk. 2.20
Haustuch weiß, 150 cm breit, für Betttücher, schwere, kräftige Ware, per Meter 2.10
Herrenkleiderstoffe prima Qualität, neueste Dessins, per Meter Mk 18.- 16.- 12.- 10.- 6.50 3.90
Manchester per Meter Mk. 4.50, 4.- 3.20
Grosse Auswahl in Bettbarchenten und Matratzendrollen Lagerbesuch für jedermann lohnend.

Arthur Baer, Kaiserstr. 133 Eingang Kreuzstr., gegenüb. der kleinen Kirche Verkaufslokal eine Treppe hoch.

Pfannkuch

Donnerstag eintreffend: Lebendfrischer Nordsee-Kabeljau im ganzen Stck 38 Pf. im Schnitt 42 Pf.

Pfannkuch

In 30 Minuten Ihre Paßbüch. ant im Photogr. Atelier Kaiserstr. 60, Eing. Adlerstr.

Zwangsvorversteigerung.

Im Wege der Zwangsversteigerung soll das in Karlsruhe belegene, im Grundbuche Karlsruhe, Band 90 Heft 10 zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks auf den Namen der Johanna Wesfort, Witvin in Karlsruhe, eingetragene, nachstehend beschriebene Grundstück am Donnerstag, den 9. Juli 1925, nachmittags 3 Uhr, in dessen Diensträumen in Karlsruhe, Kaiserstraße 184, 2. Stock, Zimmer Nr. 14 — versteigert werden. Der Versteigerungsvermerk ist am 30. Dezember 1924 in das Grundbuch eingetragen worden.

Die Einricht der Mitteilungen des Grundbuchs, sowie der übrigen das Grundstück betreffenden Nachweisungen, insbesondere der Schätzungsurkunde ist jedermann gestattet. Es ergeht die Aufforderung, Rechte, soweit sie zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerkes aus dem Grundbuche nicht ersichtlich waren, insbesonders im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzusprechen, und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebotes nicht berücksichtigt und bei der Versteigerung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Zur Erörterung über das geringste Gebot werden die Beteiligten am Donnerstag, den 30. Juni 1925, nachm. 3 Uhr, in die Diensträume des Notariats geladen. Diejenigen, welche ein der Versteigerung entgegenstehendes Recht haben, werden aufgefordert, vor der Erstellung des Zuschlags die Versteigerung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt. Beschreibungen des zu versteigerten Grundstücks Grundbuch von Karlsruhe Band 90 Heft 10 Grundbesitzvermerk I. Ord.-Zahl 1 Lagerungsvermerk 1801, Flächeninhalt 5 Ar 57 qm 1/2. Durlacherstraße 81 und 83. Dierauf

- a) ein dreistöckiges Wohnhaus und Seitenbau rechts,
b) ein vierstöckiger Wohnsackenbau links,
c) ein einstöckiges Büfett,
d) ein einstöckiger Kanalbauquerbau,
e) ein einstöckiges Büfett rechts an 2 angebaute.
(Eingeh. Kauf. Nr. 1800 u. 1828, anderl. Lab. Nr. 1802 u. 1803, ohne Inventar 38 000 RM mit Inventar 38 146 M.

Todes-Anzeige.

Hiermit allen Verwandten und Bekannten die traurige Nachricht, daß unser lieber Gatte, Vater und Großvater August Jester Dreher im Alter von 60 Jahren nach kurzem Leiden, sanft verschieden ist. Karlsruhe, den 14. Mai 1925.

Die trauernden Hinterbliebenen: Familie Jester. Die Beerdigung findet Samstag, den 16. Mai, nachmittags 4 Uhr, statt. Trauerhaus: Grenzstraße 26, St. II.

Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Anteilnahme anlässlich des Hinscheidens unseres lieben Sohnes und Bruders Karl Müller

sagen wir auf diesem Wege unseren innigen Dank. Herzlichen Dank all denen, die ihn an seinem Krankenlager besuchten und ihm gutes erwiesen, vor allem den Schwestern des kranken Krankenhanes. Besonderen Dank dem Fußballverein „Grünwintel“, dem „Vollstocher-Beer“ und dem Gesangsverein „Einigkeit“ Grünwintel für den ergebenden Grabgelang, für die ehrenben Nachrufe und das zahlreiche Beistand Schmelmbuch für die kostbaren Worte am Grabe. Im Namen der trauernden Angehörigen: Adolf Müller, Gludstr. 7.

Fahrräder Gute Marken mit 1 Jahr Garantie, 25 Mark Anzahlung, Ref. in Waten im Fahrradhaus KAIER, Mühlburg Rheinstraße 58, neben Strauß-Drogerie.

Karlsruher Privathandelschule Hansa

Hans Thomastr. 5, 3006 Beginn neuer Unterrichtskurse in sämtlichen kaufmännischen Fächern am Freitag, den 15. Mai. Schreibmaschinen- und Stenographieunterricht jederzeit

Durlacher Anzeigen.

Sozialdemokratische Partei Durlach. Am Samstag, den 10. Mai, abends 8 Uhr beginnend, findet im „Lamm“ unsere diesjährige ordentliche Generalversammlung statt. Tagesordnung: 1. Geschäfts- und Kassenbericht, 2. Bericht der Parteifunktionäre, 3. Bericht des Ortsvorstandes, 4. Verschiedenes.

Hierzu laden wir unsere Genossinnen und Genossen von Durlach und Umgegend, insbesondere aber unsere Stadträte und Bürgervereinsmitglieder mit der Bitte um vollzähligen Besuch ergebend ein. Entwürfe sind spätestens eine Stunde vor Versammlungsbeginn beim Vorstand einzureichen. Am 7 Uhr abends Vorstandssitzung. Der Vorstand.

Stangen- und Brennholz-Versteigerung.

Die Stadt Durlach versteigert am Samstag, den 16. Mai ds. Js., vorm. 8 Uhr, mit Zusammenkunft bei der Einfahrt zur Drahtschleife, aus Distrikt VII „Turmberg“ 84 Stk Nadelholz-Derbhölzer 1. und 2. Kl., 90 Stk Nadelholz-Reishölzer 2.—4. Kl., 17 Stk Nadelholz-Derbhölzer-Brügel, 5 Stk Nadelholz-Derbhölzer-Brügel, 4 Stk gemischte Derbhölzer-Brügel an den Meistbietenden. Durlach, den 13. Mai 1925. Der Oberbürgermeister.

Abortgruben-Entleerung.

Landwirt Jakob Wöflert hat sich mit Unterfertigung der Stadtverwaltung einen neuen Saugwagen mit Schlauchmaterial zur Entleerung der Abortgruben angeschafft. Ich glaube, daß hierdurch den in den letzten Jahren vielfach laut gewordenen Klagen der Hauseigentümer Rechnung getragen ist. Anmeldungen zur Entleerung der Abortgruben sowie Abnehmer des Inhalts derselben bei Herr Jakob Wöflert, hier, Mittelstraße 13, erfolgen. Durlach, den 13. Mai 1925. Der Oberbürgermeister.

Rastatter Anzeigen.

Kleingärten. Hinter der Friedrichsstraße sind noch mehrere Kleingärten zu verpachten. Anmeldung Zimmer Nr. 11 des Rathhauses. Bürgermeisteramt Rastatt.

Bathfüttergras-Versteigerung

am Freitag, den 15. Mai 1925, vorm. 9 Uhr, mit Zusammenkunft bei der alten Rheinmauer Mühlstraße 29, Lote aus den Waldstücken Steingraben und Niederwald; ferner 13 Lote in der Weidenanlage an der Steinmaurer Straße und am Samstag, den 16. Mai 1925, vorm. 9 Uhr, mit Zusammenkunft bei der alten Rheinmauer Mühlstraße 29, Lote aus den Waldstücken Kleinbrunnert und Oberwald. Rastatt, den 13. Mai 1925. Der Oberbürgermeister.

Plakate aller Art liefert rasch und billig Buchdruckerei Geck & Cie., Lulsenstraße 24, Teleph. 123.

Von heute an kommt unser neues Spezialbier

Fels-Pilsener

aus edelsten Rohstoffen zum Verkauf

Brauerei Heinrich Fels

Karlsruhe

Gesangverein Concordia
Karlsruhe e.V.

Festkonzert
anlässlich des Goldenen Jubiläums
Samstag, 16. Mai 1925, abends 8 Uhr, im großen Saale der städt. Festhalle

Mitwirkende:
Fräulein **Malte Fanz**, Sopran, Mitgl. d. Landesth.
Herr **Dr. phil. Herm. Weckerpennig**, Kammer-
sänger, Baß, Mitglied des Landestheaters.
Herr **Hermann Kalerer**, Stadtkapellmeister, am Flügel.
Begleitung der Chöre:
Mitglieder des Landestheaterorchesters.
Männerchor der Concordia, 220 Sänger,
Litung: **Heinrich Lechner**.
Der Feurich-Flügel ist aus dem Lager der Firma:
Odeonhaus.

Samstag, 16. Mai 1925, nach Beendigung des Festkonzerts:
Fest-Bankett
im großen Saale der städtischen Festhalle

Mitwirkende:
Fräulein **Lilly Kiefer**, Konzertsängerin.
Herr **Karlheinz Löser**, Opersänger
Streichorchester der Harmonikkapelle.

Sonntag, 17. Mai 1925, vormittags 11 Uhr
im großen Saale der städtischen Festhalle
Festakt mit Weihe der neuen Fahne

Mitwirkende:
Fräulein **Martha Moeller**, Mitgl. d. Landestheaters
Orgel und Flügel: Herr **Hermann Kalerer**
Der Männerchor der Concordia.

Sonntag, den 17. Mai 1925, abends 8 Uhr
im großen Saale der städtischen Festhalle
FEST-BALL

Unsere verehrlichen Mitglieder nebst ihren werthen Familienangehörigen laden wir zu diesen Veranstaltungen höflichst ein. Alles Nähere ist aus den übersandten Vereinsmitteilungen zu ersehen.
Die Vorstandschafft.

Vorverkauf der Eintrittskarten für Nichtmitglieder für alle Veranstaltungen:
Odeon-Musikhaus, Kaiserstraße 175
Musikalienhandlung **Doert**, Kaiserstr. 159
Drogerie **Wilhelm Mayer**, Wilhelmstr. 20.

Konkurs-Ausverkauf

Die noch am Lager Sport-Beier Inh. Wilh. Blicker, vorhandenen Waren bestehend aus:

Wintersportartikeln,

(Skier, Schlitten, Schlittschuhen und Zubehör, sowie Sportbekleidung) werden noch bis auf weiteres im Laden **Kaiserstraße 174**, zu ganz bedeutend herabgesetzten Preisen ausverkauft.

Der Konkursverwalter.

Badisches Landestheater
Donnerstag, den 14. Mai 1925, Theater-Gemeinde I. S. W. und 1-200

Die heilige Johanna

Dramatische Chronik in sechs Akten und einem Epilog von Schab.
In Szene gesetzt von Baumgard.

Personen:
Johanna Scheinflug Müller
Der Dauphin Ränberger
Richard von Dauchamp
La Trémouille Bärner
Graf von Dauchamp Brand
Robert von Dauchamp
Kloebie
Bertrand von Bouleghen
Gilles de Rais Kreuzinger
Herzogin von Trémouille
Genter
Der Erzbischof von Reims
Vannabach
Peter Gaudon
Kaplan von Stogumber
Dahlen
Bruder Martin
Laddeu
Hübner
Gueri
Gourcelles
Geng
Ein Schlossverwalter
Gemeinde
Der Scharfrichter
Lang
Ein englischer Soldat
Brand
Ein Herr aus dem Jahre 1920
Gemeinde
J. Santen
Drei Obleuten
Wolter
Groß

Anf. 7 Uhr Ende 10 1/2 Uhr
Preise: 979
Sperre 1. Abt. 4 80 87

Beierheimer Fußballverein
e. B. 509
Sportplatz hinter dem Hauptbahnhof

Voranzeige!
Sonntag, 17. Mai, nachm. 3 Uhr
Aufstiegsspiel zur Liga.
F. V. Kuppenheim I
Ruggaumeister

Beierheimer F. V. I
Kreispolmeister.

„Nissin“
Kopfläuse
Nichts anderes nehmen!
Adler-Apotheke
Kronen-Apotheke
Stadt-Apotheke

Die Ortsausschüsse des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes u. der Sozialdemokratischen Vereine Karlsruhe u. Durlach laden ihre verehrlichen und männlichen Mitglieder und ihre Angehörigen (über 17 Jahre) ein, den für sie arrangierten Vortrag des Hygienikers Emil Kröning, Cannstatt, zu besuchen.

Echte, freie Wissenschaft!
Aber nur gesunde Fortschrittzung wird uns berechnen, und von einwandfreier hygienischer Verhütung der Mutterschaft sollen wir nicht erfahren. Das Großkapital will immer mehr und dadurch immer billiger Arbeitströme haben. Deshalb diese Zwangsregeln und bisherige Strafverfolgung des Hygienikers Emil Kröning. Wir stellen uns hinter ihn. Unseren Frauen soll und muß Hilfe werden, Errettung aus der unheimlichen Angst vor bölligen Zusammenbruch. Mutter und Kind, sowie beide Gatten dürfen nicht mehr der Verpeinung und unglücklichen Selben ausgesetzt werden. Wahrheit und freie Wissenschaft über alles!

In Karlsruhe für unsere Mitglieder am **Montag, den 18. Mai 1925, abends 8 1/2 Uhr**, im „Friedrichshof“, Karl-Friedrich-Str. 28.
In Durlach: **Wittwoch, den 20. Mai 1925, abends 8 1/2 Uhr**, im Gasthaus „Zum Lamm“

Vortrag des Hygienikers **Emil Kröning-Cannstatt**

Der Kampf ums Eheglück

„Fort mit dem mittelalterlichen Empfängnis- und Mutterschaftszwang“

Aus dem Jubel: Den jungen Mädchen und Männern und „Wann und Wann“ echtes Wissen über Aufbau und Bollendung der körperlichen Schönheit, Gesundheit u. Kraft! — Fort mit den Schädigungen der Ehe und Nachkommenschaft! Warum bisherige Unterdrückung der Vorträge unseres Referenten? Warum die Strafverfolgung in Eßbach und das schließliche In-freisprechen-Rüssen? Warum geistliche Verhütung der wissenschaftlichen Erzeugenschaften auf dem Gebiete:

Einwandfreie hygienische Verhütung der Mutterschaft!
Leiden und Qualen zahlloser Mütter und Väter. — Ausfagen des weiblichen Organismus. — Blutarmut in den lebenswichtigsten Organen. Außerordentlich schwächende Unterleibsleiden. — Verlagen der Gebärmutter. — Fehlgeburten über Fehlgeburten. — Inmäßige Unterbrüche. — Die Leiden und Qualen zahlloser Lebensschwacher Kinder. — Wer ist verantwortlich? — Die Väter in der Unwissenheit angewandten gefährlichen Mittel. — Dadurch vielfach beide Gatten ihre Lebenskraft zu Grunde richten. — Verletzungen, Erblähmung und Tod durch Spritzen, Stifte usw.

Hört diesen Vortrag! Macht dem erlidenen Wissen die Bahn frei! Wir hören hier den berufenen und aufrichtigen Kämpfer auf diesem Gebiete. Solcher Vortrag wird uns nicht wieder geboten werden kann, da er überall verlangt wird, nur einmal kommen.

Nach dem Vortrag Diskussion und Frage-Beantwortung!
Zur Deckung der Kosten 30 Pfennig Eintrittsgeld
Eintrittssicherung durch Bestellungen in der Volksbuchhandlung, Adlerstraße 43 und in den Bigaretten-Geschäften von **Friedrich Zäpper**, Kaiserstraße 133, Ecke Kreuzstraße und Kriegsstraße 3 a in Karlsruhe. 3098

Am 17. Mai findet unser diesjähriger

Mai-Ausflug

durch den Durlacher Wald nach der großen Linde statt.
Abmarsch 8 1/2 Uhr beim Freunde und Gönner nebst ihren Angehörigen freundlich ein. — Für einen guten Schrepp-Tropfen ist bestens gesorgt. — Bei Regen 8 Tage später.

Der Vorstand.

Berein der Rheinpfälzer e. B., Karlsruhe
Donnerstag (Himmelfahrtstag), 21. Mai,
Ausflug nach Gutach
mit Sonderzug. 3110

Alles Nähere siehe Anzeige des Verkehrsvereins.
Ankunft erteilt: **Reisebüro** Kaiserstraße 158, sowie unser 2. Vorsitzender Herr **Naab**, Karl-Friedrichstraße 3.
Vollständig. Erscheinen Ehrenpflicht. Gäste willkommen.
Mit landem. Gruß: Die Vorstandschafft.

Arbeiter-Radfahrer-Bund „Solidarität“
Ortsgruppe Grünwettersbach.
Gau 22 Bezirk 3

Am Sonntag, 17. Mai begeht die Ortsgruppe das 20-jährige

Stiftungs-Fest

wozu sämtliche Arbeitervereine freundlich eingeladen sind.

Morgens 7-8 Uhr: Langsamfahren
8-10 Uhr: Konzert
(Instrumentalmusikverein / Feuerwehrcapelle)
Nachmittags 2 Uhr: Festzug.
Der Vorstand. 512

Adler-Presto-Fahrräder
Diamant — Teilzahlung —
Ersatzteile • Pneumatik • Reparatur-Werkstätte
Xaver Hoffner, Mühlburg
Hardtstraße 27 — Telefon 1883.

Pfannkuch
Stets frisch gebrannt

Kaffee

rein schmeckend offen
1/4 Pfd. **75** Pf.
1 Pfd. 300

Phanko-Kaffee
auserlesene Mischung
1/4 Pfd. **90** Pf.
1 Pfd. 360

Melmer-Kaffee
allerfeinste auserlesene Mischung
1/2 Pfd. **1 90** Pf.
1 Pfd. 380

Pfannkuch

Colosseum
Heute Donnerstag abend 8 Uhr:
Wiederaufnahme des wegen Verletzung von Bilkau abgebrochenen spannenden Entscheidungskampfes

Bilkau gegen Tornow
Schulz gegen Berry
Winter gegen Steinke

Vorher Auftreten d. Bayr. Maistringlers **Langguth** als Münzenbrecher! 3118

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“
Ettlingen.
Samstag, 16. ds. Mts., abends 8 Uhr,
General-Versammlung
in der „Krone“.

Tagesordnung wird im Lokal bekannt gegeben.
Nach deren Erledigung gemüthliches Beisammensein.
Vollständiges Erscheinen erbitet Der Vorstand.

Auto-Reparaturen
werden gut, sofort u. billig ausgeführt bei

Central-Garage Karlsruhe
Essenweinstr. 6-8. Tel. 4591.

Malergehilfen
gesucht

Behndke & Zischke
Malergesellschaft
Maukrantzstraße 9

Befähigter Stoffateur
zur Unterhaltung und Vertretung des Werkmeisters unserer End- und Reparatur-Abteilung für dauernd zum baldigen Eintritt

Es kommt nur ein tüchtiger, geeigneter Fachmann in Frage, durchaus vertraut mit Stoffen, Stoffabendeckung und Steinpußarbeiten. Bewerberung mit Lebenslauf unter Angabe der seitigen Tätigkeit und Gehaltsanprüchen erwünscht.

Soj. Schmitt & Sohn, Frankfurt a. M.
Doblenhauserstraße 13. 502

Herrn-Anzüge
für **39** Mark bei **Levy** **Marckgräferstraße 23.**

Geschwister GUTMANN

Damen-Hüte

Grösste Auswahl Billigste Preise!

Badisches
Blechpackungs-
werk
G. m. b. H.
Karlsruhe-Knielingen
Telefon 4708
Herstellung von
Blech-Packungen
Spezialität:
Marmelade-Eimer
Konserven-Dosen

Richard Baer Rastatt

Lampen-Sortier-Anstalt
Telephon 34a

Käufer sämtlicher
Stoffabfälle
aus Schuhe-, Wäsche und
Korsettfabriken.

Strumpf-Vieser

Kaiserstr. 153 Fernruf 740

AEROCLAR

bestes Mittel gegen
**Salsleiden, Husten
Schnupfen**
Erfolg verblüffend! Herzlich empfohlen.
Zu haben in allen Apotheken.
Aeroclar-Vertrieb C. F. Otto Müller
Chem. Techn. Laboratorium
Karlsruhe i. B. Kaiserstr. 238

Kaffee und Konditorei ODEON

Karlsruhe Telefon 94 Kaiserstr. 213 Telefon 94

Täglich mittags und abends

Künstler-Konzerte

Eigene Konditorei Billard-Akademie

Bauhütte Karlsruhe

Gemeinnützige Baugesellschaft
m. b. H.

Übernahme
sämtlicher Bauarbeiten
Büro und Lager:
Rotteckstr. 17 Tel. 5200

Dreyfuss & Roos

Rastatt i. Baden
Versandschachteln
aller Art
Spezialfabrik
für
Zigarren-,
Zigaretten- u.
Tabakschachteln

Städtische Sparkasse Durlach

Postsparkkonto 1916 Karlsruhe Fernsprecher 106/107

Wer seine Lage verbessern und zum Wiederaufbau der
deutschen Volkswirtschaft beitragen will, der bringe
seine Ersparnisse
und wärs sie noch so klein
zur Sparkasse.

Wir vergüten zeitgemäße Zinsen und versorgen die kredit-
suchende Bevölkerung mit Darlehen; auch besorgen wir
alle bankmäßigen Geschäfte.
Kassenstunden: 8-1/2 und 1/2-1/6 Uhr, Samstags 8-1 Uhr.

Carl Finkelstein

Holz- und
Kohlenhandlg.
Karlsruhe

Rüppurrerstr. 8. Telefon 2394

liefert
alle Sorten Kohlen
und Brennmaterial
in Ia Qualität
prompt, reell und billig.

Restaurant, Kaffee u. Konditorei

zum Moninger

KARLSRUHE

Bestbesuchtes Haus am Platze.

Machol & Löwengardt

Pack-, Schreib- u. Druckpapiere

Akademiestr. 5 Karlsruhe Telefon 955

Badische Lederwerke

Karlsruhe-Mühlburg

Handschuhleder-Fabrik

Spezialität: „Veneziana“

Rosenfeld & Co.

Karlsruhe i. Bd.

Metalle / Alteisen / Neueisen

Telefon Nr. 839, 840, 841, 184
Telegramm-Adresse: Metallfeld

We - Ra

Hauschuhe / Sandalen / Spangenschuhe

Hersteller:

S. Weil & Söhne, Schuhfabriken

Rastatt

Hammer & Helbling

Kaiserstrasse 155/157

Haus- und Küchengeräte / Oefen / Herde
Gasherde / Gruden

Röndellplatz,
Ecke Fröhenzweigen u. Karl-Friedrichstrasse.



**Hervorragend
sind Form u. Güte der
Baubund-Möbel.**

Karl Kastner

Grünwinklerstr. 3 Tel. 2612

Ankauf von Lumpen, Alt-
papier und Neutuchen zu den
höchsten Tagespreisen

F. Reuschler Söhne
Ettlingen (Baden)
Telephon 21

Säge-, Hobel- u. Spaltwerk
Holzhandlung

A. Braun & Co.

Karlsruhe

J. Ettliger & Wormser

Gegr. 1811 Karlsruhe i. Baden Gegr. 1811

Eisengrosshandlung

Metalle Chemikalien

Metallhütte

Dr. Dannenberg & Co.

Tele.-Adr. Metallurgie G. m. b. H. Telefon Nr. 1987

Unsere Erzeugnisse:

Dopp. raff. Hüttenweichblei Marke M. d. K.
Hüttenhartblei, Schriftmetalle, Lager- u. Weiss-
metalle, Lötzinn, Rotguss, Bronze, Zink.

Friedrich Chr. Kiefer

Karlstrasse 4 Karlsruhe Tel. 254 u. 2543

 Kohlen, Koks, Briketts 
Holz

Heinrich Rausch Karlsruhe

Telefon 3477 und 3478 - Büro: Stefanienstrasse 54
Lager: Oberfeldstrasse (Neues Industriegelände)

liefert
Bauholz nach Liste, Latten, Bretter,
Fußböden usw.

Herren-Artikel

besonders preiswert.

Farbige Oberhemden prima Qualitäten in bester Verarbeitung, modernste Weißgrund, Dess. mit aparten Streifen u. feine bedeckte Muster Sortimente bis Halsweite 46 vorrätig
10.90 7.90 6.90

Krawatten In 3 Serien eingeteilt bringen wir die schönsten Frühjahrsneuheiten in reichlicher Ausmüßg. Breite Selbstbinder, Regattes, Schleifen u. Schleifenbinder
1.90 1.45 90

Stroh Hüte Der Matelot u. die flotte Panamaform beherrschen die Mode. Sie finden kleidsame Formen in feiner Ausführung: Pedal, Rustic u. Phantasieverarbeitung. Wir nennen 3 Spezialpreise:
3.90 2.90 1.90

Gummimäntel Bestens bewährte Marke: „Pluvius“ flotte Formen
30.00 27.00 21.00

Covercoat-Mäntel Bestens imprägniert, eleganter Frühjahrmantel
54.00 45.00 39.00

Windjacken Prima Strapazierqualität, einwandfreie Verarbeitung
18.00 15.00 13.50

Spazierstöcke Modern ist der glatte Rohrstock in allen Stärken, mit u. ohne Hornzwinge
4.90 3.90 2.90

Sportmützen Modern ist die einfarbige Covercoat- u. Gabardinemütze, flotte Ballonform
3.90 2.90 1.90

TIETZ.

Billiges Mai-Angebot!

- Woll-Mousseline in apart. Must. 4.50 3.50
- Wachseide, moderne Streifen . . . 2.75
- Popeline, reine Wolle mod. Farb. 4.50 3.90
- Gabardine, 180cmbr., eleg. Kost. 8.50 6.50
- Kostüm-Hipse, 180 cm breit, in allen Farben 11.50 9.50
- Crep-Marocain in allen Farben, für elegante Kleider 8.50 5.50
- Eolienne, 100 cm br. in all. Farb. 7.50 6.90
- Kleiderschotten, mod. großkar. 3.50 2.90
- Gabardine, 140 cm breit, für elegante Anzüge 16.50 12.50
- Herren-Anzugsstoffe f. Sportanzüg. 3.95
- Mousseline, in schönen Must. 1.20 -.95
- Dirndlstoffe, in kariert u. gebt. 1.40 1.10
- Kleidercrep, einfach u. gestr. 1.25 1.10
- Vollvolle, weiß und farbig, 115 cm breit 2.50 1.90
- Zephir, für Blusen u. Hemden -.95 -.75
- Hemdentuch, 80 cm breit -.95 -.65
- Makkobattist, für elegante Damenwäsche 1.45 1.25
- Bettwäsche, 130 cm breit, gebümt und gestreift 2.75 2.35
- Halbleinen, schw. Ware 150 br. 2.95 2.40
- Schürzenstoff, 120 cm breit . . . 1.45 1.25

S. Ruben, Kaiserstr. 100
 Verkauf nur 1 Treppe hoch.

Zum Blumenfels

(nächst Ludwigsplatz)

Morgen Schlachttag
Freitag
 Samstag ab 6 Uhr: Knöchle, Math. Seid.

„Krokodil“

Jeden Donnerstag

Schlachttag
 Münchener Löwenbräu, hell und dunkel direkt vom Faß.
 3104 J. Möloth.

„Zum Salmen“ Am Ludwigsplatz Telefon 2019.
 Gut bürgerliches Speiseraumant.
 Warme Speisen zu jeder Tageszeit.
 Prima hausgemachte Wurstwaren.
Freitag

Schlachttag
 Reichhaltige Schlachtplatten in bel. Gste.
 Samstag Abend 6 Uhr: Knöchle.
 Freitag
 Fein Weißer, Wegger und Bier.

Gasthaus z. Schweiz

Winterstr. 20 (alte Winter- und Wilhelmstraße)

Schlachttag.
 Gute Weine. Prima Sinner-Biere.
 Mittags- und Abendisch. August Weber.

RESI-Lichtspiele

Waldstraße.

Freitag bis einschließlich Donnerstag

„Das große weiße Schweigen“

Capitain Scott's Todesfahrt zum Südpol

7 Akte aufgenommen und erzählt von **Herbert G. Ponting**
 Mitglied der Scott'schen Südpol-Expedition.

Außerdem:
Amtsantritt des Generalfeldmarschall von Hindenburg als Reichspräsident.
 Jugendliche haben Zutritt.

Gesangverein „Badenia“



Unsere Mitglieder zur Kenntnis, daß der im „Badenianer“ bekanntgegebene Familienausflug nach Neureuth erst am **Simmelfahrtstage, 21. Mai 1925**, und zwar bei jeder Witterung, stattfindet.
 Der Vorstand.

Für nur 25 Mk. Anzahlung!
 bekommen Sie ein stabiles
Herren- oder Damenfahrrad Nähmaschine od. Email-Herd
 mit 2 Jahre Garantie
 Gebr. Fahrräder sowie sämtl. Ersatzteile und Reparaturen sianend billig.
 Die Ware wird bei Anzahlung sofort verabfolgt.
Fahrrad-Kunzmann, Zähringerstr. 46.

Konkurs-Ausverkauf

Das gesamte Warenlager in
Teppichen, Vorlagen, Läuferstoffen, Divan und Tischdecken,
Gardinen und Halbstores aus der Konkursmasse Otto Huber, Kaiserstraße 235 (II. Etage), wird zu bedeutend herabgesetzten Preisen verkauft.
 Karlsruhe, den 9. Mai 1925. Der Konkursverwalter.

Badische Lichtspiele

Konzerthaus

Erstaufführung
Auf afrikanischen Jagdpfaden.

Samstag, den 16. Mai, nachm. 4 Uhr und abends 8 Uhr
 Sonntag, den 17. Mai, nur 1/2 4 Uhr nachmittags
 Montag, den 18. und Mittwoch, den 20. Mai, jeweils abends 8 Uhr, Mittwoch auch 4 Uhr nachmittags.

Vorverkauf: Musikhaus Müller, Kaiserstraße.
 Preise: Mk. 1.70, 1.50, 1.—, 0.60. Studierende und Schüler gegen Ausweis halbe Preise.
 3112

PHANKO Pfannkuch

Zur

Mai-Bowle

- Tischwein** weiß 1/4 Fl. 80
- Edentobener** 1/4 Fl. 1.—
- Dahlheimer** 1/4 Fl. 1.—
- Eschbacher** 1/4 Fl. 1.—
- Obermosler** 1/4 Fl. 1.20
- Reiler Goldlag** 1/4 Fl. 2.20
- Trabener** 1/4 Fl. 2.20
- Kräuterhaus** 1/4 Fl. 2.20
- Schaumweine:**
 Kupperberg Gold
 Mathens Müller
 Schönberger, Hoehl usw.
- Obstschäumweine:**
Bollerfett
 1/4 2.60 2.80 3.20
 1/2 5.20 5.60 6.40
 einjchl. Glas und Steuer
- B.-Badener Sprudel**
 1/4 30 1/2 20
 ohne Flasche
- Pfirsiche** 1/2 Dose 1.20
- Erdbeeren** 1/2 Dose 2.50
- Ananas** 1/2 Dose 2.80
- Große Auswahl in **Weiß- u. Rotweinen**
 Weinpreislisten in sämtlichen Filialen erhältlich.

Pfannkuch

„Zum Goldenen Faß“, Wielandstr. 181
Morgen Schlachttag
 Anerkannt gute Weine, Sinner Tafelbier im Ausnahm. W. Genter.



Chaiselongue
 neu u. 35. u. an
 Polstermöbelhaus Köhler, Schützenstr. 25

Korpulenz macht alt!

Fettleibigkeit wird durch Grossers Reduktionspillen beseitigt. Preisgekrönt mit goldenen Medaillen und Ehrendiplom. Kein starker Leib, keine starken Hüften, sondern jugendl. schlanke, elegante Figur. Kein Heilmittel, kein Geheimmittel. Garantiert unschädlich. Aerztlich empfohlen. Keine Diät. Viele Dankschreiben. Preis 4 Mark.

Hof-Apotheke, Karlsruhe, Kaiserstr. 201
 Arbeiter! Werbet für Euer Zeitung!